

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. Post ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen:

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kontosprediger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 8. November 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die amerikanische Präsidentenwahl!

Die Wahl Mac Kinleys ist nach den letzten Nachrichten nicht nur völlig gesichert, sondern der gegenwärtige Präsident hat sogar einen noch vollständigeren Sieg über seinen Nebenbuhler davongetragen, als bei der letzten Präsidentenwahl 1896. Mac Kinley hat nämlich 305 Wählerstimmen auf sich vereinigt, während auf Bryan nur 142 entfielen sind, wogegen 1896 auf den ersteren nur 271, auf den letzteren 176 Elektorenstimmen entfielen. Die Zahlen der Urwählerstimmen ist noch nicht bekannt. Mac Kinley siegte in 29 Staaten, darunter New York (mit einer Mehrheit von 140 000 Stimmen), Illinois, Maine, New Hampshire, Vermont, Connecticut, Massachusetts, Indiana, Kalifornien, Maryland, New Jersey, Ohio, Wisconsin, Delaware, West-Virginia und Michigan, während Bryan in 16 Staaten, darunter Nord-Carolina, Virginia und Texas durchdrang.

Bekanntlich hatte Bryan die Wahlkampagne unter dem Schlagwort der Bekämpfung des Imperialismus geführt. Der Ausfall der Wahl beweist wenigstens das, daß von einer starken antiimperialistischen Strömung in den Vereinigten Staaten keine Rede sein kann, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß Mac Kinleys klug zurückhaltende Chinapolitik Bryan den Wind aus den Segeln genommen haben mag. Dafür hat Bryan den Philippinenkrieg weidlich zu fruchtigsten gemacht, wobei dann in den letzten Tagen vor der Wahl gefälschte Aguinaldo-Telegramme, die von beiden Seiten verbreitet wurden, eine Rolle spielten.

Wenn auch bei dem Wahlkampf das wirtschaftliche Programm der beiden Präsidentschaftskandidaten den Ausschlag gab, so sei doch nochmals betont, daß unsere bereits im September geäußerte Auffassung, daß bei dem Imperialismus der Amerikaner die antiimperialistische Propaganda Bryans keinen stärkeren Wellenschlag hervorrufen werde, durch den Ausfall der Wahl ihre Bestätigung erfahren hat. Als wirklich ernsthaft antiimperialistisch können nur die Anhänger Karl Schurz' und die sozialistischen Wähler angesehen werden. Wer im übrigen für Bryans Wahlmänner stimmte, that das aus allgemein wirtschaftlichen Motiven, wie umgekehrt auch nicht alle Wähler Mac Kinleys als unbedingte und entrogierte Imperialisten angesehen werden dürfen.

Auch in sofern schließlich spielte die Frage des Imperialismus bei der Wahl nur eine sekundäre Rolle, als man vielfach die antiimperialistische Kriegserklärung Bryans nicht ganz ernst nahm. Man hielt ihn zum Teil für einen Demagogen, der den Anti-Imperialismus nur als Mittel benutzte, um den Präsidentensitz zu erlangen. Und selbst wenn es Bryan aufrichtig gemeint hätte, würde er ja vermuthlich durch Repräsentantenhaus und Senat daran gehindert worden sein, mit dem überkommenen System der Expansionspolitik gründlich zu brechen.

Auch die wirtschaftlichen Programmpunkte Bryans erwiesen sich als nicht jugkräftig. Bryans Eintreten für die Silberwährung, von dem ein Teil seiner Anhänger nicht allzuviel Aufhebens gemacht wissen wollte, das aber durch die Aufnahme der „16 zu 1“ Silberpläne in die demokratische Plattform zu einem der wesentlichsten Programmpunkte gestempelt worden war, vermochte dessen Popularität über die Kreise der Silberminenbesitzer und der Farmer hinaus nicht zu erhöhen. Die augenblickliche günstige wirtschaftliche Konjunktur hat im Gegentheil das Interesse an der Währungsfrage gegen früher zurücktreten lassen.

Auch das programmatische Ergebnis des Kampfs gegen die volksausaugenden Trusts und Rings ist jedenfalls durch diese günstige Konjunktur in seinem Eindruck abgeschwächt worden, wenigstens zeigt der Wahlausfall nicht von einem allgütigen Zustuß von Arbeiterstimmen nach der demokratischen Seite hin. Schon früher wurde an dieser Stelle betont, daß die Masse des amerikanischen Volks in seinen politischen Stimmungen von der momentanen wirtschaftlichen Situation abhängig ist. Ohne sich lange in tiefere, principielle Untersuchungen einzulassen, schreibt man die Krisis oder die Prosperität dem augenblicklichen politischen Regime zu. So wurden als der stärkste Widersacher Bryans die „guten Zeiten“ bezeichnet — wie der Wahlausfall beweist, mit gutem Grunde. Ein Moment, das für Bryan günstig hätte in die Waagschale fallen können, der große Kohlenarbeiterstreik, wurde für den Wahlkampf dadurch ausgeschaltet, daß die Unternehmer, sicher nicht ohne eine Einwirkung von republikanischer Seite, sich zu Zugeständnissen herbeiließen und dadurch die Beilegung des Ausstands herbeiführten. Hätten die Unternehmer nicht die Hand zur Einigung geboten, hätte der Streik sich infolge des Starrens der Kapitalisten in die Länge gezogen und wohl gar nach amerikanischem Brauche zu einem Massacre der nach ihrer Gewohnheit Massendemonstrationen veranstaltenden Streikenden geführt, so hätte sich die Erbitterung der Arbeiter im ganzen Lande aller Wahrscheinlichkeit in der Abstimmung zu Gunsten der Demokraten Luft gemacht. Klugerweise vermieden es aber die Republikaner, ihren Gegnern diesen ersehnten Agitationsstoff zu liefern.

Mac Kinley siegte. Und durch ihr bedingungsloses Werkzeug die Industriellen, die großen Kaufleute, die Schutzpölnner, die Börseleute, die Imperialisten! Das Interesse an der Goldwährung und das spießbürgerlich kritische Wesen an den „guten Zeiten“ liehen Bryans Parole gegen die weltpolitische Abenteuererei und den ungeheuren Aufzug der Massenauflösung durch das kartellierte Großkapital erfolglos verhallen. Durch die Wahl Mac Kinleys — die eigentliche, durch die Elektoren zu vollziehende Wahl wird allerdings erst im Januar nächsten Jahres erfolgen — und die republikanische Mehrheit des Kongresses ist die Fortdauer des gegenwärtigen Systems der inneren und äußeren Politik der Vereinigten Staaten für eine Reihe von Jahren festgelegt. Daß der Imperialismus sich in Freudenrausch über die ihm

durch die Wahl zu teil gewordene Sanktionierung in neue große Aktionen einlassen wird, ist nach Mac Kinleys vorsichtiger Haltung in der Chinafrage fürs erste allerdings kaum zu befürchten.

Auf die Einzelheiten der Wahl, das Verhältnis der Stimmenzahl der Urwähler, die Verschiebungen der Stimmenverhältnisse in den einzelnen Staaten usw., wird nach dem Einlaufen genauer Nachrichten noch zurückzukommen sein. Nach den Erfahrungen der früheren Wahlen, bei denen einer relativ großen Differenz der beiderseitigen Wahlmännerstimmen die Differenz der Urwählerstimmen durchaus nicht zu entsprechen braucht, wurde doch 1888 Garrison mit 233 gegen 168 Elektorenstimmen gewählt, obwohl auf dessen Gegenkandidaten Cleveland ca. 100 000 Urwählerstimmen mehr entfielen waren, könnte die allgemeine Stimmenverschiebung auch diesmal eine nicht allzugroße sein.

Auch die diesjährige Wahl beweist wie die früheren, daß die amerikanischen Wähler politisch unreif genug sind, um keinen aber kapitalmächtigen Interessententücken willig Vorparadedienste zu leisten. Auch von der Arbeiterschaft in ihrer Masse gilt das. Der unerquickliche Eindruck der politischen Zustände wird noch verstärkt durch den barumunwürdigen Wahlspektakel, durch das System der Bestechungen, kurz durch den ganzen Wahlschmutz, durch den die Wähler eingefangen werden. Der Geist der Wahlen spiegelt sich in dem äußeren Charakter derselben. Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung, die auch für Amerika nicht lauter fette Jahre bringen wird, wird indes auch hier der principielle, zielbewußten Politik, der Klassenpolitik den Weg ebnen.

Abweichend von dem oben erwähnten Wahlergebnis, das vom Wolffschen Depeschen-Bureau mitgeteilt wurde, meldet das Depeschen-Bureau „Herold“ folgende Zahlen:

New York, 7. November. Nach neueren Feststellungen wurde Mac Kinley mit 292 Stimmen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, während Bryan 155 Stimmen erhielt. Mac Kinley besitzt in 27, Bryan in 18 Staaten die Majorität.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

Pofadowsky-Boedike und Herr v. Meerseid-Hällessem.

In polizeilichen Kreisen herrscht eine so große Nervosität, daß man sogar auf den Gedanken verfallen ist, die Polizei zu reinigen, wenigstens äußerlich. Was der Prozeß Sternberg, so schlimm er an sich ist, an Unsauberkeiten durch die bisherigen Zeugen auszusagen aufgeschüßert hat, ist nicht hinreichend, diese Nervosität ganz zu erklären. Man muß vielmehr annehmen, daß man mehr weiß, als bisher zu Tage getreten ist. Und freilich, wenn sich ein einfacher Kriminalschuttmann vermischt, eine Reihe von Vorgelegten zum Vortreten bringen zu können, dann muß in den Polizeistuben so großes Anlagematerial aufgehäuft sein, daß die ganze Institution ins Wanken geraten dürfte, wenn ein paar subalterne Beamten mit Beständen drohen.

Als erstes Opfer ist der öffentlichen Meinung der Polizeidirektor v. Meerseid-Hällessem dargebracht worden. Die „Verl. Korresp.“ verkündet mit schneidiger Schärfe:

„Nach dem Ergebnis der gestrigen gerichtlichen Vernehmung des Polizeidirektors v. Meerseid-Hällessem im Sternberg'schen Prozeß ist dem genannten Beamten folgende die weitere Ausübung dienstlicher Funktionen untersagt worden.“

Diese vorläufige Suspendierung findet stets statt, wenn gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren anhängig ist; für eine spätere wirkliche Amtsentfernung wird damit nichts entschieden, das hängt von dem Urteil des Disziplinarhofes ab.

Die gewaltige Heinfähigkeit, die man plötzlich an den Tag legt, hat aber doch etwas Ueberauszendes. Es steht ein gutes Stück gesellschaftlichen Misstrauens in diesen Aktionen der Reinigung. Gewiß, Herr v. Meerseid-Hällessem hat sich gesellschaftlich kompromittiert, nicht weil er mit einem Millionär verkehrte, der schmutzigen Geländen fröhnte, sondern weil Herr Sternberg, mit dem im übrigen die „feinste Gesellschaft“ Beziehungen unterhielt, das Pech hatte, aus Anlaß seiner Leidenschaften mit den Strafgesetzen in Konflikt zu geraten. Die Affaire des Millionärs wurden rüchbar, sonst hätte kein Mensch den Verkehr mit ihm meiden brauchen, auch wenn man insgeheim noch so viel gewußt hätte. So will es die bürgerliche Anstandsfrage.

Weiter hat auch der Polizeidirektor mit dem Millionär finanziell Beziehungen unterhalten. Aber selbst wenn sich aus diesem Verhältnis gewisse günstige Vorurteile seitens der Polizei für den Sünder ergeben hätten, so wäre das vom Standpunkt unserer socialdemokratischen Moral zwar schwer zu verurteilen, aber ein derartiges Korruptivdünken wäre ein Nichts gegenüber den Thaten, die die Polizei sonst auf dem Gewissen hat. Um wie viel abscheulicher ist es, wenn polizeiliche Vorkämpfer anständige Männer ans Messer liefern, als wenn ein gefälliger Beamter sich einem ausschweifenden Millionär lebenswändig erweilt.

Durch solche Manipulationen wird schließlich nur ein einzelner Mensch seiner Strafe entzogen, ein einzelner Beamter diskreditiert. Was für eine winzige Schuld gegenüber dem Verfahren einer Regierung, die im Dienste und in finanzieller Abhängigkeit von einer Ausbeuterklasse es unternimmt, eine große, hoffnungsvolle Kulturbewegung, wie sie das Proletariat in die Welt gerufen hat, mit Gefegesnebeln zu würgen. Herr v. Meerseid-Hällessem hat einen Verstoß gegen den Beamten-Komment begangen, die Herren Pofadowsky und v. Boedike haben das Princip des Staats selbst, das die bürgerliche Gesellschaft in ihren Worten als Grundlage des Staats anerkennt, preisgegeben — der Polizeidirektor

wird vom Amt suspendiert, die Leiter des Reichsamt des Innern sitzen fest auf ihren Stühlen.

Und Wunder über Wunder! Dieselben Blätter, die eben die Pofadowsky und Boedike als unerschütterte Säulen des Staats gepriesen, sie zetern über die Zustände in der Polizei. Die „Post“ rafft sich dazu auf, zu schreiben, daß der Schutzmann Stierstädter nach Auffassung seiner Kollegen für Wahrheit und Recht eintrete und gegen den „Triumph des Geldsacks“ kämpfe. Triumph des Geldsacks — das klingt ja geradezu wie socialdemokratische Verheugung; die Postredacteurs mögen sich vorhehen, daß sie wegen dieser Anleihe aus dem socialdemokratischen Sprachschatz nicht einen der bekannten Liebesbriefe von ihrem Herrn und Meister Stumm erhalten. Als die Pofadowsky und Boedike 12 000 Mark von der Industrie entnahmen, um den Triumph des Geldsacks der Scharfmacher zu vollenden, da loberte die „Post“ voll sittlicher Empörung gegen die, welche gegen den Triumph des Geldsacks kämpften.

Die „Post“ aber ist jetzt von einem fanatischen Sittlichkeitsdrang beherbergt; wenn nicht noch manche Rückfälle in die weltliche Sünde zu erwarten wären, so könnte man bereits annehmen, sie sei zur alten Wettschweizer geworden. Indessen, es handelt sich vorläufig nur um probeweise Sebetübungen:

Wie man jetzt erfährt, genoß Sternberg auch als Geschäftsmann kein besonderes Ansehen. Schon das hätte einen hohen Beamten, der auf Reinlichkeit zu sehen hat, abhalten müssen, mit diesem Mann in irgendwelche Verührung zu kommen. Daß aber Direktor v. Meerseid-Hällessem trotz seiner genauen Kenntnis über den Ruf Sternbergs noch mit ihm verkehrte und daß er Geschenke von ihm annahm und schüßend die Hand über ihn zu halten suchte, das ist ein Verhalten, das ein sofortiges und unnahehaltiges Einschreiten der Regierung dringend zur Pflicht macht. Die heilsame Wirkung auf die ganze Beamtschaft wird dann auch nicht ausbleiben; denn die Bande der Disziplin haben sich ja hauptsächlich deshalb gelockert, weil die Untergebenen von den Beziehungen zu Sternberg mähien und daher den inneren Zusammenhang seiner Verfügungen in der Sternberg'sche leicht erraten konnten. Steht an der Spitze der Kriminalpolizei wieder eine energische und sittlich einwandfreie Persönlichkeit, dann wird hoffentlich auch ein neuer Geist in die Beamtschaft wieder einziehen.

Eine prächtige Komödie der Tugend nach einem Leben voll tiefster Dimehaftigkeit ist die fulminante Ankündigung der „Post“. Schade nur, daß sie nicht ein paar Tage früher gekommen, als es den finanziellen Verkehr des Reichsamt des Innern zu würdigen galt. Dannals wäre das Objekt wert eines solchen Aufwands von Moral gewesen. Es ist eben noch immer das probateste Mittel, die großen Leute laufen zu lassen, indem man die kleinen — suspendiert.

Die Meber.

Herr v. Pofadowsky ist noch im Amt, nicht einmal Herr v. Boedike hat das Bedürfnis empfunden, das Ministerium zu räumen. Der Socialdemokratie ist es nur lieb, wenn sie mit den Herren persönlich abzurechnen Gelegenheit erhält, aber für die Moral der herrschenden Gesellschaft ist dies Faktum charakteristisch.

Es giebt Leute, die sich wundern, daß die beiden Beamten, nachdem sie in ihrer Abhängigkeit von einem Unternehmer-Verband entlarvt worden sind, noch den Mut haben, auf ihrem Posten zu bleiben. Aber das ist eine so wenig wunderbare Erscheinung, daß sie vielmehr ganz selbstverständlich ist.

Ein Minister, der freiwillig geht, ist bei uns eine Unmöglichkeit. Personen, die es in unsrem Staatswesen bis zum Minister gebracht haben, sind längst so beschaffen, daß sie keinen andren Grund für ausreichend halten, das Amt zu verlassen, außer die Kündigung seitens der staatsrechtlich allein dazu befugten Gewalt. Alle diese Herren haben ein wattiertes Gemüt, und in der Geschichte der letzten zehn Jahre ist der Fall überhaupt nicht vorgekommen, daß ein Kanzler oder Minister freiwillig gegangen wäre. Sie leben auf ihren Sesseln, bis ihnen von oben Gesundheitsrückichten, hohes Alter, Ruhebedürfnis oder sonst was anbefohlen wird. Mag die öffentliche Kritik sie stäupen, mag das Parlament ihre Vorlagen an den Schandpfehl schlagen, mögen ihre Handlungen noch so bedenklich sein, ihr Sitz und Mebesfleisch wird darum durchaus nicht wechö. Die öffentliche Meinung und das Parlament haben ja kein Kündigungsrecht, man ärgert sich vielleicht über sie, aber man sügt sich nicht.

Graf Pofadowsky und Herr v. Boedike haben keinen Augenblick daran gedacht, ihre Entlassung ernstlich einzureichen. Ihr ganzes Bemühen war vielmehr darauf gerichtet, ihrer Herrschaft nachzuweisen, daß sie noch immer dienstfähig und antwortwürdig seien.

Herr v. Pofadowsky und Herr v. Boedike sind nicht gekündigt worden, deshalb bleiben sie und werden auch die zu erwartenden Schläge des Reichstags geduldig auf sich nehmen. Wenn die Züchtigung erst einmal vorüber, ist das Ungemach schnell vergessen. Wer wird aus Furcht vor einer unvermeidlichen Strafe sein ehrenvolles Amt opfern!

Ein bürgerliches Blatt, der „Zerlöhrner General-Anzeiger“, stellt über diese Zustände recht treffende Betrachtungen an. Nachdem ausgeführt, daß es das sicherste Mittel sei, einem Minister sein Amt zu erhalten, wenn man ihn angreift, fährt das genannte Blatt fort:

Nicht durch Ansichten, Ueberzeugungen, Rücksichten auf das allgemeine Wohl wird ihre Haltung bestimmt, sondern fast ausschließlich durch den heißen Wunsch, im Amt zu bleiben. Ihn opfern sie alles leichten Herzens, auch die Achtung seitens ihrer Mitbürger. In seinem Dienst ist auch die Agitation gestellt worden, deren Kosten die Industriellen zu tragen hatten. Die maßgebende Stelle hatte die Buchhausvorlage der Nation angekauft und niemand im Zweifel darüber gelassen, wie viel ihr davon lag, daß sie zum Gesetz erhoben wurde. Grund genug für die Herren Handlanger, alle Hebel, einwandfreie wie fragwürdige, in Bewegung zu setzen. . . . Die Industriellen ließ diese Agitation kalt, weil sie sich von ihr wenig oder gar nichts versprochen. Wer anders als der Herr Staatssekretär des Innern zog aus ihr den Nutzen? Herrn Bued, dem Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller, erschien das Erhalten des Reichsamts des Innern um eine Beisitzer von 12000 M. eigenmächtig; d. h. er wundert sich über dieses. Die Kollegen des Grafen Wolodowsky werden es vielleicht für durchaus selbstverständlich gehalten haben. . . .

Wenn der deutsche Philister sich in seiner Zeitung die innerpolitischen Zustände Frankreichs schildern läßt, kämpft er regelmäßig die Rufe. Sind die unsrigen aber etwa besser? Ist etwa die Berliner Presse weniger verlogen und weniger gewissenlos als die Pariser? Ist nicht auch bei uns für die regierenden Kreise die nackte Selbstsucht die fast alleinige Triebfeder für alle ihre Handlungen und Erwägungen? Wäre nicht auch sie klammernd sich nicht um des Vaterlands willen an das Amt?

Und gegen diese Klammer gibt es ja auch kein Mittel. Wir leben in Schein-konstitutionellen Verhältnissen. Ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz existiert nicht, das das Thun und Handeln der Herren einigermaßen einzuschränken vermöchte. So können die Minister ganz nach Belieben ihre Geschäfte treiben, nichts vermag sie vom Plage zu drängen außer ein Nachwort von oben. Die Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien, die vor jedem ernsthaften Konflikt zurückzuden, begünstigt das Streber- und Klettertum in der Regierung, die nichts fürchtet außer die — Kündigung. —

Deutsches Reich.

China- und innerer Feind.

Der Kaiser hat bei der Truppenveredlung in Berlin am Mittwoch an die Rekruten eine Ansprache gehalten, in der er nach den Blättern anspricht:

Ihr habt Euren König und obersten Kriegsherrn soden einen heiligen Eid geschworen und seid nunmehr des Königs Soldaten geworden. Der Militärstand ist ein besonderer Stand und stellt besondere Anforderungen und Anstrengungen an den Körper und den Geist. Ihr müßt Euch insbesondere gewöhnen, Euch unterzuordnen, Euch einzufügen in ein Ganzes. Ohne die Unterordnung kann kein Gebäude bestehen. Ihr habt den Eid der Treue geschworen Euren Kriegsherrn. Eure Brüder jenseits des Ozeans haben bereits Gelegenheit gehabt, Proben ihrer Treue abzulegen. Ihr habt den Feind niederkämpfen, Ihr habt auch im Innern die Ordnung aufrecht zu halten. Diese Tugenden werden Euch unbedeckt übergeben. Ihr habt dafür zu sorgen, daß sie in Zukunft unbedeckt bleiben. Ich habe Euch ein schönes Kleid geschenkt, macht Euch dessen würdig. Der Kaiser hielt während dieser Ansprache in der Rechten den Feldmarschallstab. —

Auch in dieser Ansprache lehrt die Wendung wieder, daß das Heer den Kaiser gegen den äußeren und inneren Feind zu schützen habe. So hat er bei der Truppenveredlung in Potsdam am 23. November 1891 gesagt:

Bei den jetzigen sozialistischen Antrieben kann es vorkommen, daß ich Euch befehle, Eure eignen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschlagen — was ja Gott verhüten möge — aber auch dann müßt Ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.

Die heutige Ansprache klingt ja aber formell ein wenig milder. Aber die unmittelbare Zusammenstellung des chinesischen Kriegs mit der Ordnung im Innern läßt den alten Gedanken eher noch verschärft erscheinen. Wenn die Soldaten so die Ordnung im Innern aufrecht erhalten sollen, wie die Mahatruppen in China, so gelangt man noch zu einer Verstärkung der Weisung von 1891. —

Deutsche Greuel.

Das Wochenblatt für den Kreis Tecklenburg, ein amtliches Kreisblatt, veröffentlicht einen neuen Gräueldes. Er stammt von dem Besoldeten Friedrich Hühemüller aus Westercappeln und ist am 10. September, datiert. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

Am nächsten Morgen ging's wieder weiter; nachmittags gegen 6 Uhr kamen wir in Aimo an, zogen gleich in den Tempel und der Mandarin mußte 4000 Taels Strafe zahlen. . . . Als wir etwa 1000 Meter davon entfernt waren, hörten wir den Nachwächter, der zwei hohe Stäbe hat und damit des Nachts alle Stunden schlägt, schon klappern, als wir jedoch noch näher herankamen, da fing er mit seinen Stöcken an klappern. Als wir in das Dorf marschierten, kamen uns die Einwohner mit Lanzen, Säbeln und allerhand Waffen entgegen; sie begrüßten uns mit Schüssen, daß die Äugeln uns um die Ohren piffen. Da wir uns Infosbedessen nicht mehr sicher waren, wurde gesammelt und wir gingen an den Seiten des Dorfs entlang. Der eine Chinese, den wir bei uns hatten, bezeichnete uns ein Haus, in dem viele Waffen sein sollten. Sofort schlug Festschützer Weddel die halbe Thür ein, erhielt aber von dem Chinesen, der in diesem Hause wohnte, einen Schlag ins Auge, daß er nicht mehr sehen konnte. Ich war noch einige Schritte zurück, als ein Chinese eine Walbüchse los schoß, aber zu hoch, daß Feuer ging mir über den Kopf, zu meinem Glück, sonst wäre ich nicht mehr am Leben. Nun blieb es: Reht mir nach dem Wall! Vor uns liefen zehn Chinesen, auf die Schussfeuer gegeben wurde. Jetzt wurde das Seitengewehr aufgeschlagen und unser Oberleutnant befahl, alles was vorkommt, niederzuschlagen und niederzuschrecken. In dieser Nacht wurden viele Chinesen getötet, auch eine Frau und ein Kind. Am Wall blieben wir, bis es Tag wurde. Um 5 Uhr gingen wir in das Dorf und sahen da die Toten im Blute liegen. Eine Frau sah vor ihrem Mann, der gefallen war, und hatte ein kleines Kind auf dem Schoß; den Gefallenen hatte sie auf ein Brett gelegt und ihm ein Rissen unter den Kopf geschoben. Dem Mann waren zwei Äugeln durch den Kopf und eine durch die Brust geschossen worden, er war total mit Blut überschüttet. Dies sieht wohl schauerlich aus, aber man wird dies alles gewöhnt. Wie lange wir noch hier bleiben, weiß ich nicht.

Und diese Thaten werden in einem Lande begangen, mit dem wir uns nicht einmal im Kriege befanden, in dem wir überhaupt gar nichts zu suchen haben. Die dreißigjährige „moralische“ Erziehung im Herrlich-geheimen Deutschen Reich trägt nun ihre Früchte. Und die bürgerlichen Parteien werden sich zum Mitschuldigen dieser Verkommenheit machen, indem sie die Weiber bewilligen. Die Socialdemokratie wird allein stehen in ihrem Kampf, sie wird feuchtig und

stolz diese Folligkeit tragen, betruht ihrer hohen Verantwortung vor der Kultur. Die Weltgeschichte wird einst ihr Urteil fällen, wenn diese kranken Zeiten überwandten sein werden.

Das Organ der Schwarzmacher, die von Krupp ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten“, finden diese Greuel noch nicht einmal ausreichend. Sie sind der Meinung, daß das Einschreiten gegen die Vögel und ihre Begünstiger (Weiber und Kinder, Red. d. „Vorm.“) gar nicht streng genug sein kann. Alles was „militärisch notwendig“ ist, müsse erlaubt sein, eine Expedition nach China ist eben kein Sonntagsausflug in den Grunewald.

Diese Chinaschicht wird ein deutsches Jena, dessen unheilvolle Wirkungen für lange Zeit verspürt werden. Sie bedeutet das moralische Todesurteil für die ganze Gesellschaft, die dieses Abenteuer veranlaßt, verteidigt und unterstützt hat. —

Von der Wirtschaftspolitik des Kaisers halte Herr v. Mikaloff in Hildesheim gesprochen. Da von der Wirtschaftspolitik des Kaisers nur bekannt ist, daß er seiner Zeit den russischen Handelsvertrag eine rettende That genannt hat, war diese Berufung auf den Kaiser den Agrariern einigemmaßen unangenehm.

Jetzt erklärt nun die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem tiefen Seufzer der Enttäuschung, ihr Mikaloff habe von der Wirtschaftspolitik des Kaisers überhaupt nicht gesprochen. Wovon hat er denn gesprochen? —

Prinz Arenberg ist nach den „Berl. N. N.“ zur Abkündigung seiner 15jährigen Gefängnisstrafe in das Gefängnis in Hannover eingeliefert worden.

Ritualmörderisches. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir im Feuilleton eine kleine Charakterstudie über den „Stoiter-Anton“, den Königer Ritualmordverurtheilten, die uns von kulturhistorischem Interesse schien. Die Stütze hat die Beachtung des Königer Gerichts gefunden. Darüber ist nun die „Staatsbürger-Zeitung“ außerordentlich empört. Anstatt auf die wunderbaren Ritualmordgeschichten der „Staatsbürger-Zeitung“ beruft sich ein deutscher Staatsanwalt auf den „Vorwärts“! Der Jörn verschönt den Eitel, und so liest man heute in dem Blatt des Herrn Weuß die folgenden Besichte in Prosa:

Anton Hellwig, ein edler, körperlich und geistig durchaus gesunder deutscher Landwirt, der in des Kaisers Garde mit Ehren gedient hat, in seiner Gemeinde sowohl wie in weiter Umgebung bei Hoch und Niedrig tadelloser Ruf genießt, nächsten, klar, verständlich, dessen ihm geistig ebenbürtiger Bruder ein hochangesehener Pfarrrer ist, dieser Anton Hellwig hat, gleichfalls nach Gottes Willen, von den fürstlichen Vorbereitungen dieses fürchtbaren Mords etwas von jüdischen Reuten angedeutet gehört, die das bedrängte, nach veritaunter Mittellung ringende Gewissen, vereint mit erstaunlicher Unvorsichtigkeit, schwachhaft gemacht hatte.

Also ein Mensch, der verdiente, Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ zu werden. Im „Vorwärts“ freilich lautete die Charakteristik dieses Antons anders und der Staatsanwalt hatte sich auf den „Vorwärts“ berufen. Angefichts solchen Ereignisses wird die „Staatsbürger-Zeitung“ geradezu märchenhaft schön:

Höre es, deutsches Volk! es giebt unter Dir einen Ersten Staatsanwalt, der sich auf einen völlig haltlosen Urtheil eines jüdisch-socialdemokratischen Blattes stützt, um einen völlig unbescholtenen, deutschen Landwirt, der im ehrliehen Glauben an seinen Gott die Wahrheit beschwört, unglauwürdig zu machen! Höre es und laß mich schweigen!

Wir stimmen der „Staatsbürger-Zeitung“ zu: Höret es und laßt uns schweigen! —

Eine kleine Marinevorlage wird angefangen, nachdem soeben erst die große Flottenvorlage angenommen ist. Außer den bewilligten 5 Milliarden verlangt man das Geld für folgende Marine-Anlagen:

In Danzig soll für 3/2 Millionen Mark der Bau eines Kriegsschiffbassins auf dem Holm ausgeführt werden, das in einer Länge von 500 Meter, einer Breite von 300 Meter und einer Tiefe von 7,5 Meter ausgegraben und durch eine 100 Meter breite Einfahrt mit der toten Weichsel verbunden werden soll. In Kiel soll ein großer Kriegsschiff-liegehafen angelegt werden, ferner ein großer Torpedobootshafen am gegenüberliegenden Ufer, der Raum für 60 neue große Torpedoboote bieten soll. Wie in Kiel soll nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ auch der Kriegshafen in Wilhelmshaven erheblich erweitert werden. Wie in Kiel, sollen auch in Wilhelmshaven zwei große Trockendocks gebaut werden, die den größten Einheitsklassen Aufnahme zu gewähren vermögen. Die Liegeplätze sollen vergrößert, eine dritte und vierte Einfahrt geschaffen werden. Außerdem ist in Danzig, Kiel und Wilhelmshaven eine Erweiterung der Werkhäuser, eine Vermehrung der Betriebsmittel, wie Schleppdampfer, Kräne, Krähne, Wasserfahrzeuge, eine Vermehrung der Ausüstungsmaterialien für die Schiffe, wie Kohlen, Dreimöl, Schmiermaterial und schließlich eine Vermehrung der Magazine und Schiffslammern geplant.

Die neue Marinevorlage ist natürlich nur neben der großen Milliardenvorlage eine „Klein“, sie wird viele Duzende von Millionen erfordern! —

Neue Militärforderungen werden von den „Jahrbüchern für Armeen und Marine“ angefangen, und zwar sollen zwei neue Pionierbataillone zu je drei Compagnien pro Armecorps verlangt werden. Die Kosten dieser Mehrforderung, die mit einer notwendigen Reform des Ingenieuro- und Pioniercorps motiviert wird, sollen sehr bedeutend sein. —

Für die politischen Zustände in Elsas-Lothringen, insbesondere für diejenigen auf dem Gebiete des Verammlungs-wesens, war der Verlauf einer öffentlichen Versammlung sehr charakteristisch, die die Gewerkschaften Mittels dieser Tage abhielten. Wie immer, war dieselbe durch einen Polizeibeamten, den Kommissar Schuber, überwacht, der seine Aufgabe als Staats-rechter besonders ernst zu nehmen gewohnt ist. Oben war einer der Versammlungsberechtigten, unser Mülhauser Reichstags-Kandidat Emmel, dazu übergegangen, an der Hand von Weispielen aus der jüngsten Vergangenheit zu zeigen, wie das Kapital den Arbeiter nicht bloß ausbeutet, sondern ihn auch in menschenwürdiger Weise behandle und selbst seiner ureigensten bürgerlichen Rechte beraube, und hatte zu diesem Zweck an den Erlaß erinnert, in welchem die Firma H. Böding u. Cie. (Halberger Hütte) ihren Meistern mit Entlassung droht, falls sie wagen sollten, ohne Erlaubnis ihrer Arbeitgeber zu heiraten. Emmel stellte dann fest, daß dieser großkapitalistische Polizeiwitz vom Schwager des Königs Stumm herabre, und wollte eben den Namen des letzteren nennen, als der Herr Kommissar sich erhob und den Redner aufforderte, diese Namensfeststellung unter allen Umständen zu unterlassen. Als Emmel dann, in seinem Fervor fortzufahren, als Beleg dafür, daß die Kapitalisten in guten Zeiten den Profit allein in die Tasche stecken, während sie in schlechten sofort die Pötte drücken, die Dividenden aufzählen wollte, die einige Mülhauser Fabrikanten in den letzten Jahren gezahlt haben, da verhinderte der Ueberwachende auch hier durch Unterbrechung des Redners jede weitere Feststellung; denn auch in diesem Falle dürfte, wie er erklärte, Namen nicht genannt werden. — Nachdem so die Ehre des Kapitalismus gegen die Angriffe der „Kögeler“ gerettet war, galt es für den Kommissar, die eltsässische Fabrikinspektion in Elsas zu nehmen, mit der sich die Verammlung münnebe befassen wollte. Ein Redner bemängelte die geringen sachlichen Kenntnisse des Aufstichtsbearbeiters, was zur Folge habe, daß er nur allzu oft von den Fabrikisten an der Kasse herumgeführt werde. Auch er verfügte dem polizeilichen Schweigegebot, da man „in solcher Weise von einem Beamten der Regierung nicht sprechen dürfe“. Als dagegen ein weiterer Redner einen Fall aus seiner persönlichen Erfahrung anführte, in dem ein Fabrikdirector anlässlich einer unvorsichtigen nachlässigen

Revision eine Anzahl Arbeiterinnen in einem Refferaum einschloß, um sie den Willen des revidierenden Beamten zu entziehen, da wollte der Herr Kommissar plötzlich wissen, was natürlich fürnische Heiterkeit und ironische Jurufe: „Namen dürfen nicht genannt werden!“ zur Folge hatte. Selbstverständlich wurde dem Mann der Namen der in Betracht kommenden Firmatragenden „privatim“ mitgeteilt. Eine gegen die derzeitigen Zustände in der oberelsässischen Fabrikinspektion gerichtete Resolution, über welche die Verammlung abstimmen sollte, brachte den Grafen des Kommissars zum Ueberlaufen: er löste die Verammlung kurzer Hand auf und machte dadurch dem grausamen Spiel ein definitives Ende.

Den einzigen Lichtblick in diese gerabegte jammervollen politischen Zustände Elsas-Lothringens gewährt die Thatfache, daß unsere reichstädtischen Parteigenossen sich mit den ewigen Blockadieren trefflich abzufinden und ihnen mit echt altemannischem Humor stets auch eine lustige Seite abzugewinnen wissen. —

Ausland.

Frankreich.

Die Stellung der Sozialisten zum Ministerium. In der Kammer ist die erste Sitzung, die fast ganz durch die Interpellation Wazeille über die allgemeine Politik des Ministeriums Waldeck-Roussau ausgefüllt wurde, sehr ruhig verlaufen. Der Ministerpräsident hatte die sofortige Beantwortung der Interpellation beantragt. Die Interpellationen sind im französischen Parlament das beliebteste Mittel, Ministerstürze herbeizuführen. In diesem Falle war dies von dem Einbringer wohl auch nicht beabsichtigt, jedenfalls dürfte das im gegebenen Moment auch nicht leicht gelingen; das Ministerium Waldeck-Roussau scheint sogar gestärkt aus den Ferien zurückgekommen zu sein.

Von den socialdemokratischen Abgeordneten nahm in der Diskussion zuerst Vibiani, ein Anhänger Millerands, das Wort. Seine Ausführungen sind durch das „B. T. V.“ so unklar wiedergegeben, daß wir sie hier nach der „Frankfurter Zeitung“ wiederholen: Die Sozialisten haben das Bedürfnis, für die Zukunft freie Hand zu behalten, aber sie übernehmen die Verantwortung für Vergangenes und bebauern nichts. Als Waldeck an die Mitarbeit eines Sozialisten appellierte, hatte Millerand das Recht und die Pflicht, dem Ruf zu folgen, und seine Freunde sind stolz auf das, was er gethan. (Lebhafte Beifall links.) Die politische Situation ist heute ruhiger, der persönliche Kampfsampf von gestern hat aufgehört, man darf hoffen, daß der moralische Kampf der Idee gegen Ideen beginnt. Die Republik fängt an, sich politisch und ökonomisch zu reorganisieren. (Lebhafte Beifall links.) Wir begrüßen das Schulgesetz der Regierung sowie das Vereinsgesetz, um den Staat im Schutze der Gewissensfreiheit gegen die Kirche zu unterstellen. Wir begrüßen das Vorgehen gegen die Orden, schon weil wir für die Umwandlung des Eigentums sind. (Lärm rechts. Die konservativen Antisemiten Massabuan und Lafes werden zur Ordnung gerufen.) Vibiani betont die Notwendigkeit, daß die Regierung auf der vorgeschlagenen Reform der Kriegengerichte besteht, und fragt, ob sie sich den von Millerand gemachten Vorschlag obligatorischer Schiedsgerichte bei Streiks aneignen werde. Das Projekt einer Arbeiter-Altersversicherung begrüßen die Sozialisten als die Erfüllung einer lange geforderten Reform. Wir unterstützen alle Reformen und werden uns bemühen, die betreffenden Vorlagen zu verabschieden. Wir unterstützen die Regierung, so oft sie von den Reaktionen angegriffen wird, und wahren uns die volle Freiheit, die Lehren unserer Partei im Lande zu verbreiten. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

Nach längerer Rede Massabuans erklärt Gaillant namens der dissentierenden Sozialisten, daß sie auch fernherin der Regierung das Vertrauen verweigern, die nur eine Regierung zur Verteidigung des Kapitals sei.

Der Handelsminister Millerand erklärte: Zwischen ihm und Waldeck-Roussau bestehe ein Gegensatz. Seit 1893 habe ich stets bekannt, daß die Reformen weder durch Gewalt noch durch Wunder geschehen. Als Waldeck mich ins Ministerium berief, verlangte er keinerlei Opfer meiner Meinung. Ich übernahm die Vertretung ganz bestimmter Interessen und diese habe ich immer verteidigt. Was das Schiedsgericht betrifft, erstrebe ich nur ein Gesetz, das den Arbeitern einen Mobus ermöglicht, ihren Willen zu offenbaren. Dieses Gesetz wird Ihnen vorgelegt. (Lebhafte Beifall links.)

Afrika.

Im Ferkoren von Eisenbahnen entwickeln die Boeren je länger, je mehr ein besonderes Geschick. Ueber zwei neuesten abgefangene Züge wird gemeldet:

Crabod, 4. November. Ein von einer Maschine gezogener Wagentzug mit Vorräten, welcher sich von Kimberley nach Boshof bewegte und der unter Bedeckung von 10 Mann vom Kimberley-Regiment fand, wurde 9 Meilen von Kimberley von 20 Boeren angegriffen. Die Boeren nahmen den Wagentzug, ohne daß ein Schuß abgegeben wurde, und sprengten die Maschine in die Luft.

London, 7. November. Die Morgenblätter melden aus Durban, die Boeren hätten einen aus Pretoria kommenden Zug am letzten Montag in der Nähe von Standerton zum Entgleisen gebracht, wobei ein Boer getötet wurde.

Amerika.

New York, 6. November. In einem Wahlbezirk in Philadelphia kam es heute zu Aufruhrungen. Ein Demokrat wurde durch einen Wessertisch ernstlich verwundet. An einer andren Stelle in demselben Bezirk wurde eine Anzahl Regter, die das Wahllokal betreten hatten und versuchten, ihre Stimmen widerrechtlich abzugeben, abgewiesen; sie gogen darauf Revolver hervor und gaben Schüsse ab. Als Wahlrichter fungierte ein berufsmäßiger Faustkämpfer. Derselbe wurde durch einen Revolvererschuß am Kopf ernstlich verletzt. Drei Regter wurden verhaftet.

In Wilmington (Delaware) geriet eine Schaar von Regtern wegen einer Verzögerung bei der Öffnung des Wahraums in Wut und eine Anzahl Weiber drang, deren Beispiel folgend, in den Wahlraum ein, zerstörte die Wahlzellen und verzehrte einen Wähler, einen Aufseher und einen Schutzmänn schmer. — In Casewille (Indiana) kam es gestern abend zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen beider Parteien, wobei eine Person getötet und acht verwundet wurden. Von den letzteren ist einer ein Amerikaner, die übrigen sind Destrreicher und Italiener. — Bei einem wegen politischer Fragen ausgebrochenen Streit in Via Creel (Illinois) wurde gestern abend ein Demokrat getötet.

Weineidsprozeß Maßlos in Rom.

Einige hochinteressante Ereignisse brachte noch die Verhandlung vom Dienstagabend. Zunächst trat ein Zwischenfall ein, der auf die Gefährdung der Geschworenen wieder beachtenswerte Schlüsse zuläßt. Geschworener Oberleutnant Meyer, der sich bekanntlich des Öfteren in der Verhandlung bemerkbar gemacht hat, nahm das Wort zu der folgenden im Namen der Geschworenen abgegebenen

Erklärung:

Bereits am Sonnabend hat die Jungin Rosina Meyer die beschworene Aussage einer andren Zeugin „Quack“ genannt. Heute ist es vorgekommen, daß ein Zeuge die beschworene Aussage eines andren Zeugen genannt hat. Die Geschworenen fühlen sich dadurch in ihren religiösen Gefühlen gekränkt. Im Namen der Geschworenen ersucht ich daher den Herrn Präsidenten: derartige Bemerkungen künftig zu rügen. — Präsi.: Ich habe darauf zu bemerken, daß ich in beiden Fällen eine Rüge erteilt habe.

Der „Vorwärts“ im Mahlof-Prozess.

Hierauf bemerkte Erster Staatsanwalt Settegast: In einer Berliner Zeitung, dem sozialdemokratischen „Vorwärts“, ist ein Artikel erschienen, in dem behauptet wird: der Zeuge Hellwig glaube an Spukgeschichten und habe einmal erzählt, er habe den Teufel aus dem Schornstein kommen sehen. (Weiterkeit.) Der Artikel ist auch in andre Zeitungen übergegangen und mir anonym zugesandt worden. Wenn auch der „Vorwärts“ keine maßgebende Zeitung ist, so halte ich es doch für notwendig, über den Inhalt des Artikels Beweis zu erheben. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Nachdem wir mehrere Zeugen über den Bescheid des Hellwig gehört haben, halte ich eine weitere Beweisaufnahme über den Fall Hellwig für überflüssig. — Erster Staatsanwalt: Der Artikel, der einen Herrn Paul John zum Verfasser hat, stellt Behauptungen auf, die man nicht ganz unbeachtet lassen kann. Ich muß daher beantragen, darüber Beweis zu erheben. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Ich muß mein Bedauern ausdrücken, daß sich der Herr Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven geben läßt und auf Grund derselben Anträge stellt. — Erster Staatsanwalt Settegast (heftig): Die Bemerkung des Herrn Verteidigers, daß ich mir von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven geben lasse, muß ich mit voller Entschiedenheit zurückweisen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Ich will meine Behauptung gern dahin einschränken, daß der Herr Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven empfangt. Das ist zweifellos der Fall, wenn der Herr Erste Staatsanwalt auf Grund eines Artikels dieses Blattes Beweishebung beantragt. Wir sitzen nun fast 14 Tage hier. Wenn wir über jeden Zeitungsartikel, der über diesen Prozess erscheint, Beweis erheben wollen, dann wäre überhaupt ein Ende des Prozesses nicht abzusehen. — Erster Staatsanwalt: Ich bin entfernt, auf Grund jedes Artikels Beweishebung zu beantragen. Da aber der Artikel des „Vorwärts“ in eine Reihe anderer Zeitungen übergegangen ist und doch sehr wichtige Behauptungen über den Zeugen Hellwig enthält, so halte ich im Interesse der Klarstellung der Sache eine Beweishebung für notwendig. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Zum mindesten dürfte es genügen, wenn wir noch einmal den Zeugen Hellwig vorladen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Damit erkläre ich mich einverstanden und beantrage wiederum, den Pfarrer und Organisten aus Konarszyn vorzuladen. — Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, dem Antrage des Rechtsanwalts Hunrath stattzugeben und auch nochmals den Zeugen Johann Hellwig aus Görzsdorf als Zeugen zu laden. Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch vormittags 9 Uhr vertagt.

In der Verhandlung vom Mittwoch wurde der Zeuge

Anton Hellwig

aus Görzsdorf nochmals vernommen.

Präsi.: Herr Hellwig, haben Sie einmal zu jemand gesagt: Sie hätten den Teufel aus dem Schornstein fahren sehen? Sie wußten, wie der Teufel aussieht. Ihnen sei einmal Vieh verhezt worden? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Haben Sie das niemals zu jemand gesagt? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt Settegast: Sie sollen das bei Ihrer Vernehmung in Berlin zu den John'schen Eheleuten gesagt haben? — Zeuge: Nein, ich kenne John nicht. — Präsi.: Haben Sie in Berlin mit niemand eine ähnliche Unterhaltung gehabt? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt: Und Sie kennen die John'schen Eheleute nicht? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Der

Zahntechniker Reibauer

hat sich gemeldet mit dem Bemerkten: er habe noch etwas Wichtiges mitzuteilen. Er soll eintreten. — Zahntechniker Reibauer tritt noch mit: Der Untersuchungsrichter sagte zur Frau Koz: „Wenn Sie nicht betreffs des Anrechts Appell einbringen, dann werden Sie betreffs Lindenstrauch doch meineidig.“ Dies Verhalten des Untersuchungsrichters macht doch einen eigenartigen Eindruck. Ich habe dann noch einen Punkt zu erwähnen. — Präsi.: Sie sind hier als Zeuge und dürfen nur Tatsachen vortragen. Urteile abzugeben steht Ihnen nicht zu. Haben Sie noch Tatsachen anzuführen? — Zeuge: Tatsachen nicht. — Rummer wird der

Kriminalinspektor Braun-Berlin

vernommen. Derselbe belundet: Ich habe mit Mahlof mehrfache Versuche über dessen Wahrnehmungen gemacht. Mahlof hat sich vielfach widersprochen. Mahlof sagte bei einem der Versuche auf meine Frage: „Wieviel Personen er aus dem Keller kommen sah?“, eine. Es waren aber zwei, nämlich Kriminalkommissarius Weh und Schuhmann Meyer II mit der Lampe. Der Zeuge Reibauer sagte mir von vornherein: „Nach Mahlofs Behauptungen besteht kein Zweifel darüber, daß die Mörder Juden waren. Mahlof schien aber selbst Bruhn nicht glaubhaft. Der Verleger Bruhn kam zu mir und sagte: „Ich habe jetzt zu Mahlof gesagt: Ihre Angaben sind nicht glaubhaft. Sie haben jedenfalls dort etwas fehlen wollen. Meine Neugier konnte Sie nicht veranlassen, so lange Beobachtungen zu machen. Gehen Sie, daß Sie einen Diebstahl aufzuklären wollten. Der Plan eines Diebstahls ist nicht strafbar.“ Darauf hat Mahlof zugestanden, Fleisch gestohlen zu haben. Ich bemerkte: „Es ist mir auch jetzt nicht glaubhaft. Wenn er fünf bis sechsmal verschieden ausfragt, dann ist er überhaupt nicht glaubhaft.“ Bruhn sagte: „Sie müssen die Sache

vom politischen Standpunkt

aus betrachten.“ Ich sagte, daß ich das nicht verstehe. Bruhn sagte: „Wenn Sie nicht einseitig sein wollen, dann müssen Sie die Sache vom politischen Standpunkt behandeln.“

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Sind Sie noch heute der Meinung, daß der Thortort in der

Nähe des Mönchsees

liege? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. Wenn der Nord an einem entfernteren Ort stattgefunden hätte, hätte sich der Mörder nicht die Nähe gemacht, die Leichenteile nach dem Mönchsee zu tragen. Dem Mörder ist augenscheinlich die jämliche Unterdung unangenehm gewesen; deshalb hat er den Arm auf den evangelischen Kirchhof und den Kopf außerhalb der Stadt getragen. Dem Mörder wird es auch unangenehm gewesen sein, daß der Verdacht auf die Juden fiel, da alsdann die Spuren abgelenkt wurden. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Haben Sie schon einmal die Untersuchung in einer Nordische geführt, wo der Verdacht gegen die Juden vorlag, einen Ritualmord begangen zu haben? — Kriminalinspektor Braun: Nein. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Kamten Sie die Literatur über das jüdische Ritualmord, als Sie nach Konig kamen? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Sind Sie dadurch nicht auf den Gedanken gekommen, es könnte ein Ritualmord sein? — Kriminalinspektor Braun: Nein. Ich bin unter Juden aufgewachsen, habe selbst Juden im Orient kennen gelernt, habe aber niemals davon gehört. — Ein Geschworener: Deshalb hatten Sie auf

Lewy keinen Verdacht?

Kriminalinspektor Braun: Weil die Motive fehlten. — Verteidiger Rechtsanwalt Heber: Sie sind überhaupt nicht der Meinung, daß es ein Mord war? — Kriminalinspektor Braun: Nein. Ich halte es nur für

Totschlag.

Ich bin der Ansicht, daß nicht ein Tropfen Blut geflossen ist. — Verteidiger Rechtsanwalt Heber: Trotz des Sachverständigen-Gutachtens? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. — Zeuge Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ Wilhelm Bruhn: Kriminalinspektor Braun hat mich vielfach mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, er müsse vom politischen Standpunkt ausgehen, sondern nur: daß es ein politischer Mord sei, sei dieser Punkt nicht ganz außer acht zu lassen. — Zeuge

Sadanstalt-Direktor Nische:

Mahlof ist am 18. März bei mir in Arbeit getreten. 3—4 Tage später hat Mahlof mir seine Wahrnehmungen von der Nacht vom 12 zum 13. März erzählt. Ich fragte dann meine anderen Arbeiter nach Mahlofs Charakter. Sie hatten alle nichts Nachteiliges über ihn gehört. — Präsi.: Haben Sie der Polizei davon Mitteilung gemacht? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Weshalb denn nicht? Das war doch sehr wichtig! — Zeuge: Ich glaube, Mahlof würde selbst zur Polizei gehen. — Präsident: Er ist auch am 24. März zur Polizei gegangen. Hat Ihnen aber Mahlof erzählt, daß er Fleisch stehlen wollte? — Zeuge: Nein. Ich habe ihm gesagt: er habe vielleicht etwas fehlen wollen. Er solle es nur fragen. Er werde nicht aus der Arbeit kommen. Mahlof verneinte aber. — Präsident: Mahlof, weshalb haben Sie dem Herrn Direktor nicht gesagt, daß Sie Fleisch stehlen wollten? Sie hatten doch keine Ursache, das zu verschweigen? — Angekl. Mahlof: Ich befürchtete Strafe. — Präsi.: Es ist Ihnen doch gesagt worden, daß Sie nicht bestraft und auch nicht aus der Arbeit entlassen würden? — Mahlof: Ich wollte es aber nicht sagen. — Präsi.: Bei der Polizei und dem Untersuchungsrichter haben Sie auch niemals gesagt, daß Sie Fleisch stehlen wollten? — Mahlof: Nein, aus Furcht vor Strafe. — Polizeikommissar Arielski: Mahlof hat sich bei mir am 24. März gemeldet. Wie kam die Erzählung sehr unglaubwürdig vor. — Präsi.: Mahlof, der Herr Kriminalkommissar hat auch Ihre Erzählung für sehr unglaubwürdig gehalten. Weshalb haben Sie Ihre wichtigen Wahrnehmungen nicht sofort nach der

Auffindung der Leichenteile

der Polizei angezeigt? — Mahlof: Ich hatte meine Wahrnehmungen der Frau Lewy mitgeteilt. Frau Lewy hatte mich gebeten, nichts zu sagen. Sie werde mir etwas schenken. — Präsi.: Das ist ja ganz neu. Weshalb haben Sie dem bisher nichts davon gesagt? — Mahlof: Das hatte ich vergessen. — Präsi.: Sie sind doch eingehendst vernommen worden und haben bis zu diesem Augenblick kein Wort davon gesagt? — Mahlof: Ich hatte das vergessen. — Präsi.: Hat Ihnen Frau Lewy denn etwas geschenkt? — Mahlof: Frau Lewy ist bei uns gewesen und meiner Frau gesagt: ich solle hinkommen. Ich ging hin. Sie gab mir eine Wurst, packte dieselbe ein und sagte: „Nach Ostern werde ich Ihnen die Sachen von meinem Sohne Moritz schenken. Als ich nach Hause kam, wickelte ich das Würstchen auf und da war eine schimmelige Wurst drin. Ich ging wieder zu Lewy zurück und sagte: „Wenn Sie mir keine andre Wurst schenken wollen, dann lieber gar keine.“ Frau Lewy gab mir nun eine gute Wurst. Nach den Feiertagen holte ich mir den Nord von Lewy, belam aber keine Sachen.

Winters Taschentuch.

Untersucher Pankau bemerkt auf Verfragen noch: Mahlof sagte: „Ich habe „gebabbert“ und „Gebüffel“ gehört.“ — Zeuge Polizeikommissar Bied: Am 18. April hat Frau Koz mir die Geschichte von dem Anrecht mitgeteilt und gesagt, der Anrecht werde wohl wiederkommen. Am 26. April kam die Koz wieder zu mir und sagte, sie habe Lewys Wäsche gewaschen und darunter ein „E. W.“ gezeichnetes Taschentuch gefunden. Sie könne allerdings nicht lesen; aber ihre Tochter habe ihr das Taschentuch gezeigt. Ich habe ihr dann in lateinischer Schrift ein „E. W.“ aufgemalt. Sie sagte: „So war es.“ Winters Taschentuch sei aber „verschlungen“ gezeichnet gewesen. Ich habe bei Lewy sofort Nachforschungen gehalten. Zunächst hatten 4 oder 5 Taschentücher gefehlt. Frau Lewy hat aber sofort die fehlenden Tücher gebracht. Alsdann stimmten die Taschentücher mit dem Wäschettel. Frau Koz sagte: Es fehlt noch das Taschentuch mit: „E. W.“ Frau Lewy brachte dann noch mehrere ganz neue ungezeichnete Taschentücher. — Angeklagte Koz: Von dem was der Kommissar hier sagt, ist nicht ein Wort wahr. (Weiterkeit.) Präsi.: Weshalb nicht? — Angeklagte Koz: Frau Lewy wollte die fehlenden Taschentücher nicht vorbringen. Sie brachte zunächst nur Taschentücher, wie sie vom Zuben kommen. Ich hatte großen Streit mit Frau Lewy. Diese schimpfte alsdann 4 oder 5 Taschentücher auf den Tisch. Ich sagte: „Aber das Taschentuch mit „E. W.“ ist nicht dabei.“ Es war auch feiner, als die andern. — Präsi.: Hat Ihnen die Koz am 26. April noch etwas von dem Anrecht erzählt? — Polizeikommissar Bied: Nein.

Die Angeklagte Frau Koz giebt zu, daß Sie am 23. April die Wahrnehmungen Mahlofs kannte.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlung nach der Mittagspause wird auf Veranlassung der Verteidiger festgestellt, daß Rechtsanwalt Dahn aus Charlottenburg und der Zeuge Oberlehrer Gosrichters bei dem Pfarrer zu Konarszyn waren.

Als erster Zeuge belundet sodann der

Polizeisergeant Wasilowitsch:

Mahlof erzählte mir, er habe bis 11 1/2 Uhr bei Berg Karten gespielt. Alsdann habe er am Lewyschen Hause „Gebabbere“ gehört. Er sei deshalb neugierig geworden. Da er wenig hören konnte, sei er nach der Mauerstraße gegangen. Dort habe er lange auf derauer gelegen. Da habe er einen Mann mit schwarzem Anzuge und schwarzem Gürtel aus dem Keller kommen sehen und auch Lichtschimmer gesehen. Er habe dann noch eine halbe Stunde auf derauer gelegen und sei alsdann nach Hause gegangen, da es ihm zu lange gedauert habe. Ich fragte ihn: weshalb er nicht länger beobachtet habe, dann hätte er doch etwas gesehen, so sei das doch gar nichts. Mahlof sagte darauf: er wolle nicht länger beobachten, da er sonst einen Vierteltag veräußert hätte, der ihm abgezogen würde. Ich sagte: Sie hätten dann aber doch eine großzügige Belohnung bekommen. — Mahlof sagte: Ich wollte den Vierteltag nicht veräußern. — Präsi.: Erzählte Mahlof, daß er aus dem Thorwege Männer mit einer Last habe treten sehen? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Nun, Mahlof, was sagen Sie dazu? — Mahlof: Ich weiß mich nicht darauf zu erinnern. — Präsi.: Sie geben aber doch zu, vom Zeugen vernommen worden zu sein? — Mahlof: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Weshalb haben Sie das nicht früher angezeigt? — Zeuge: Ich hatte der Erzählung bisher keine Bedeutung beigelegt. Letztere ist mir jetzt erst klar geworden. — Erster Staatsanwalt Settegast: Wie ich soeben gehört habe, ist das

Johnsche Ehepaar

aus Berlin eingetroffen. Ich beantrage die sofortige Vernehmung der Eheleute John. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben.

Es wird nun zunächst der Redakteur des „Vorwärts“ Paul John aus Berlin in den Gerichtssaal gerufen. Derselbe belundet: Aus eigener Wissenschaft weiß ich nichts. Meine Frau ist aber in Görzsdorf geboren. Als die Auslagen Hellwig durch die Zeitungen bekannt wurden, hat mir meine Frau gesagt, Hellwig sei nicht glaubwürdig. Er sei abergläubisch. Er glaube ebenso wie seine ganze Familie an Hexen. Er habe einmal erzählt: Er habe den Teufel beladen, aus dem Schornstein fahren sehen. In Görzsdorf sei überhaupt der Hexenglaube zu Hause. Hellwigs Vater habe seine Pferde, ehe er fortgefahren sei, mit dem Besen gesegnet. — Präsi.: Herr Zeuge, wie kommen Sie hierher? — Zeuge John: Ich habe gestern abend von Rechtsanwalt Sommerfeld eine Depesche bekommen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Wer hat Ihnen die Reisekosten bezahlt? — Redakteur John: Rechtsanwalt Sommerfeld deponierte: „Reisekosten erliegen.“ — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Kennen Sie den Rechtsanwalt Sommerfeld? — Redakteur John: Ich habe ihn soeben im Hotel Priede gesprochen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Wissen Sie, welches Interesse Rechtsanwalt Sommerfeld an ihrer Vernehmung hatte? — Redakteur John: Nein. — Es folgt alsdann die Vernehmung der

Frau John.

Diese bemerkt: Ich bin 1866 in Görzsdorf geboren und bis 1893 in Görzsdorf gewesen. Ich bin mit Hellwig, der drei Jahre

länger ist, wie ich, zusammen in die Schule gegangen und habe auch mit ihm gespielt. Hellwig, der als Knabe die Küche hütete, hat oftmals von Hexen erzählt; er habe einmal den Teufel, stark beladen, aus dem Schornstein kommen sehen. (Weiterkeit.) — Präsi.: Wie alt war Hellwig damals? — Zeugin: Etwa 11 Jahre. — Zeuge Wessier Anton Hellwig aus Görzsdorf: Ich kenne die Zeugin nicht. Ich erinnere mich auch nicht, solche Erzählung gemacht zu haben. Ich glaube auch nicht, daß ich mit der Zeugin in die Schule gegangen bin. — Frau John: Ich erinnere mich aber ganz genau, mit Dir in die Schule gegangen zu sein. — Hellwig: Ich erinnere mich nicht. — Präsident: Herr John, haben Sie vielleicht jemand die Nummer des „Vorwärts“ nach hier geschickt? — Redakteur John: Nein. Zeuge

Bürgermeister Debitius (Konig):

Die Frau Koz kam eines Tags zu mir und erzählte: sie habe in der Lewyschen Wäsche ein Taschentuch des Ermordeten gefunden. Auf meine Frage: wo denn das Taschentuch sei, sagte sie: sie habe dasselbe mit der Wäsche an Lewys abliefern müssen. Ich sagte: „Das erscheint mir wenig glaubhaft. Wenn man so etwas Wichtiges hat, dann behält man das doch und reicht es der Polizei ein. Es werden doch viele Gegenstände eingereicht. Auf meine Frage: wie das Taschentuch gezeichnet gewesen sei, sagte sie: mit „P.“ Ich wurde ärgerlich und sagte: „Sie scheinen mich narren zu wollen.“ — Präsi.: Frau Koz, was sagen Sie dazu? — Angeklagte Koz: Der Bürgermeister hat mich sofort grob angefahren und gesagt: „Was wollen Sie? Ich habe mit dieser Sache nichts zu thun. Gehen Sie nach dem Gericht.“ — Bürgermeister Debitius: Ich erkenne die Angeklagte nicht wieder. Es ist aber unwar, daß ich sie angefahren habe.

Der Präsident läßt darauf das Protokoll der Vernehmungen der Angeklagten vom Juni verlesen. Es werden verschiedene Widersprüche in den Aussagen der einzelnen Angeklagten und der Angeklagten unter einander festgestellt.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Wohnungsnot und die Kohlen- teuerung.

Die in letzter Zeit besonders in der Arbeiterbevölkerung so schmerz empfundene Steigerung der Preise für unsere notwendigsten Verbrauchartikel führt uns die heutige Ordnung der kapitalistischen Welt wieder einmal lebhaft vor Augen. Besonders ist es der Mangel an Kohlen, der von unseren Wohnungen eingefordert wird und die Preissteigerung der Kohlenmagnaten, die heute die Arbeiterfamilie schwer bedrücken, und nicht nur das, bei der eingetretenen Wohnungsnot sind auch zahlreiche arme Familien um ihr Obdach gebracht worden. Damit ist die Frage um so brennender geworden und es gilt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Mittel und Wege zu finden, um die Bevölkerung vor dem Wohnungsmangel, den Syndikatsstreikern und der ziellosen Ausbeutung der Großhändler zu schützen. Diese Auswüchse des kapitalistischen Regimes ganz zu beseitigen, hegen wir keine Hoffnung, sie sind in der kapitalistischen Produktionsweise begründet; aber es heißt hier das freie Ausdehnungsgebiet einzuschränken. Dazu hat der Staat, die Gemeinde ihre Machtmittel einzusetzen. Die am meisten Bedrückten haben ein Recht sich an diese Faktoren um Schutz zu wenden, wir werden gleichzeitig dabei prüfen können, wie weit man gewillt ist, hier der Arbeiterklasse Schutz anzubringen zu lassen.

Diesem Zweck dienen die 10 Versammlungen, die heute abend von der sozialdemokratischen Partei einberufen sind, sie sollen die politischen Machthaber an ihre Pflicht erinnern und laut Protest erheben gegen die gewisslose und wucherische Ausnützung der Notlage der ärmeren Bevölkerung durch privatkapitalistische Spekulationen.

Der Ansbildung liegen folgende Resolutionen zu Grunde:

1. Die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schafft auf dem Gebiete des Wohnungswesens Zustände, die für die breiten Volksmassen die schwersten Schädigungen in gesundheitlicher, sittlicher und materieller Hinsicht herbeiführen.
2. Um eine durchgreifende Besserung dieser Verhältnisse zu bewirken, bedarf es der Beseitigung des Grund und Bodens von kapitalistischen Interessen, da diese einzig auf Auswucherung des Grund und Bodens und möglichst tiefer Selbsterhaltung der Grundrenten hinstreben.
3. Erst auf dem in Gemeinbesitz befindlichen, nicht dem Kapitalismus dienlichen Grund und Boden können Einrichtungen geschaffen werden, welche gesunde und zweckmäßige Wohnräume für die Allgemeinheit sichern.
4. Die zur Zeit in Berlin herrschenden Wohnungsverhältnisse erheischen nicht nur sofortige Versteigerung angemessener städtischer Räume für obdachlose Familien, sondern auch die Schaffung kommunaler Einrichtungen, welche geeignet sind, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens herrschenden volksfeindlichen Zustände zu bekämpfen.
5. Als solche Maßnahmen fordern wir:
 1. Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinde;
 2. Ausschließung des gemeindlichen Grundbesitzes durch Straßen- und Verkehrsanlagen;
 3. Verwendungs von Gemeindegeländen zur Errichtung von Häusern, die allen Forderungen der Volkswohlfahrt entsprechende Wohnungen enthalten, welche der Bevölkerung — insbesondere der Arbeiterklasse — zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des angewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden;
 4. Ehrhaltung von städtischen Wohnungsbauern und Anstellung von Wohnungsinpektoren.

II. In Erwägung, daß der für die große Masse der Bevölkerung unerschwingliche Preis für eine der notwendigsten Lebensbedürfnisse, der Kohle, verursacht wird, einestheils durch die schamlose Preissteigerung seitens der Kohlenverfehrer mit Hilfe ihrer Syndikats, andererseits durch einen von diesen Syndikats begünstigten räuberischen Zwischenhandel, verlangt die Versammlung:

1. Schleunige Expropriation der im Privatbesitz befindlichen Kohlenwerke und Uebergang derselben in das Eigentum des Reichs;
2. Vermittelung der Kohlenlieferung durch die Gemeinden zum Selbstkostenpreis für den Hausbedarf;
3. Aufhebung der Rudnametarie für die Ausfuhr von Kohlen;
4. Oberhebung der Eisenbahnfrachten für Kohle.

Ueber den Verlauf der Versammlungen gehen uns folgende Berichte zu:

In der Versammlung des ersten Kreises bei Köhn, Wenthstraße, hatte Stadtverordneter Genosse Pruns das Referat übernommen. An der Hand eines reichhaltigen Thatsachenmaterials schilderte der Redner die derzeitigen schmerzlichen Wohnungsverhältnisse, er erörterte die Ursachen der unheimlichen Kohlen- teuerung und die Folgen dieser Zustände, unter denen namentlich die unermittelte arbeitende Bevölkerung sehr schwer zu leiden habe. Der Referent kritisierte in treffender Weise das Verhalten der Regierung,

die, statt zur Beseitigung der sozialen Uebelstände beizutragen, emsig damit beschäftigt ist, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken und die Wünsche der „notleidenden“ Agrarier und Großindustriellen zu erfüllen; ferner kritisierte er den Mangel sozialpolitischer Einsicht bei den kommunalen Behörden.

An der interessanten Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag beteiligten sich die Genossen Wexler, Lätzerow, Bruns und der nationalsozialistische Herr v. Gerlach in seiner Eigenschaft als Vordenkungsreformer, der sich übrigens aber ebenfalls im Sinne des Referats aussprach. Die beiden Resolutionen wurden einstimmig angenommen, hingegen ein Erweiterungsantrag des Genossen Wexler, zu der die Wohnungsfrage betreffenden Resolution abgelehnt.

Zweiter Wahlkreis. Der riesige Saal der Vorklosterkirche war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Versammlung nahm einen sehr interessanten Verlauf. Der Vortragende Richard Fischer wurde vielfach von Beifall und Aeckerungen der Zustimmung unterbrochen. Bemerkenswert war, daß sehr viele Frauen in der Versammlung erschienen waren. Fischer besprach zuerst die Wohnungsnot, unter der das Proletariat gegenwärtig in zahlreichen Städten zu leiden hat. Allen schlimmen Erscheinungen der Wohnungsnot steht die bürgerliche Gesellschaft ziemlich raitlos gegenüber und in den Gemeindeverwaltungen und bei der Regierung ist nicht einmal der erste Wille vorhanden, wenigstens das zur Linderung der Wohnungsnot zu tun, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft möglich wäre. In scharfen Ausführungen geißelte der Redner sodann den Kohlenwucher; die Kohlenhandlaren haben sich zu einem regelrechten Auswucherungs-Zelzug verbunden, und die Regierung thut ebenfalls nichts, um dem entgegenzutreten. Nach dem mit allgemeiner Zustimmung und lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden die Resolutionen einstimmig angenommen.

Im dritten Kreis sprach in der Ressource Stadt. Hing. Der Redner geht von der Vermehrung der Zahl der Obdachlosen im städtischen Asyl aus. Redner zeigt, wie Gesundheit und Sittlichkeit unter der Wohnungsnot leiden und beweist, daß die Ursachen dieser Kalamität im Wohnungswucher zu suchen sind. Eine radikale Abhilfe ist nur zu erzielen, wenn die Stadt selbst dazu übergeht, Familienhäuser zu bauen. Vor allem ist aber zu fordern: die Errichtung einer Wohnungsinspektion und umentgeltliche Wohnungsnachweise. Um gründliche Reformen durchzuführen, muß die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretung verlangt werden. In seinen Ausführungen über die Kohlennot bringt Referent den Beweis, daß nicht die nur um 3 Prozent gestiegenen Löhne der Arbeiter es sind, die die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise hervorgerufen haben, sondern daß diese verursacht ist durch die rachsüchtigen Preistreiber der Syndikate. — Nach kurzer Diskussion wurden die beiden Resolutionen einstimmig angenommen.

In der Versammlung des vierten Wahlkreises (Südost) in der „Urania“ referierte Hubert vor etwa 1000 Männern und Frauen. Mehrfach von Beifall unterbrochen, geißelte der Redner in treffenden Worten den jetzt wie in der Gründerperiode in den siebziger Jahren verübten Wohnungswucher, durch welchen allein die Wohnungsnot künstlich erzeugt und die Arbeiterschaft am meisten geschädigt werde, wie aus der amtlichen wie privaten Statistik hervorgehe. In ähnlicher Weise werde durch den Kohlenwucher die Kohlennot geschaffen, um das Volk zu schröpfen, wogegen die gesamte Arbeiterschaft energisch protestieren müsse. Redner empfahl am Schluß seiner, mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Ausführungen die beiden Resolutionen, deren Annahme einstimmig erfolgte.

Die Parteigenossen des Ostens waren in Kellers großem Saal versammelt; der Saal war dicht besetzt und auch auf der Galerie waren dicke Menschenmassen versammelt. Das Referat hatte Hermann Avernomen. Der Redner schilderte im einzelnen die Ursachen der Kohlentenerung und der Wohnungsnot und die Mittel, welche geeignet sein können, auch teilweise schon in der heutigen Gesellschaftsordnung diese Mischstände zu beseitigen. Er kritisierte insbesondere den Zustand, daß durch die Tarifpolitik die deutsche Kohle im Ausland billiger ist als im Inlande und die Maßnahmen des Berliner Magistrats auf dem Gebiet der Wohnungsfrage. In der Diskussion wurde an einzelnen Beispielen die Wohnungsnot illustriert. Nach dem Schlußwort des Referenten wurden die beiden vorgelegten Resolutionen einstimmig angenommen.

Im fünften Wahlkreis referierte Ad. Hoffmann im „Schweizergarten“ vor 600 Personen. Der Referent legte unter eingehender Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse dar, daß die akute Wohnungsnot nur mit der Wohnungsfrage selber zu beseitigen sei und daß letztere endgültig erst mit der privatkapitalistischen Spekulation aufhören werde zu existieren. Entrüstungsrufe erklangen, als Redner aus dem Bunde einer armen Häherin mitteilte, daß diese in einer mihäufig für 15 M. erhaltenen Stube, in der sie mit Mäusen zusammen haufen mußte, nicht einmal ihre Nähmaschine habe benutzen dürfen. Nachdem Redner die Kohlenfrage unter großem Beifall treffend gewürdigt hatte, nahm Robert Schmidt das Wort, um einige Bemerkungen der allgemeinen Resolutionen zu beifügen. Seinem Antrage gemäß wurden die Resolutionen einstimmig mit folgenden Änderungen angenommen. In der Wohnungsresolution wurde dem Passus unter Nr. 1 hinzugefügt: „und Bau von Wohnhäusern auf Kosten der Gemeinde und Verwaltung durch dieselbe“. In der anderen Resolution wurde der Passus, die Expropriation usw. betreffend, gestrichen und statt dessen gesetzt: „Gesetzliche Festlegung eines Maximalpreises für Kohlen und eines Minimallohns der Bergarbeiter.“ — Auf Antrag von dritter Seite wurde noch die Besteuerung des Baugrunds nach dem jeweiligen Spekulationswert gefordert.

Schöner Kreis. Der Saal von Peters Gesellschaftshaus in Moabit war beim Beginn der Versammlung bereits bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach dem ausführlichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Glocke wurden die von ihm vorgeschlagenen Resolutionen widerspruchlos angenommen. Dann kam es zu einer längeren Debatte zwischen dem Nationalsozialisten Tischendorf, der in der Wohnungsfrage den hohentemmerischen Standpunkt vertrat und dem Referenten, der ihn unter dem Beifall der Versammlung, die bis 1/12 Uhr währte, widerlegte.

Im Kösliner Hof war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, namentlich die Frauen waren in starker Anzahl erschienen. Reichstags-Abgeordneter Genosse Arthur Stadthagen hatte das Referat übernommen. In 1/4stündiger interessanter Rede geißelte er den Grundstückerwucher und das verwerfliche vorkapitalistische Treiben der Kohlenbarone, welche sich auf Kosten des arbeitenden Volks in geradezu unverschämter Weise die Löhne fällen. Es sei jetzt an der Zeit, daß die arbeitende Bevölkerung entschiedenen Protest gegen dieses Treiben erhebt. Stimmreicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprach ein Redner im Sinne des Referenten. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen, desgleichen zwei Zusatzanträge Stadthagens. Hierauf schloß der Vorsitzende Genosse Eugen Ernst mit einem dreimaligen Hoch auf die völlerbestehende Socialdemokratie die stark besuchte Versammlung.

Der große Ballschmiedische Saal in der Badstraße, in dem Genosse Reichstags-Abgeordneter Wurm referierte, war von mehr denn 2000 Personen besetzt. Der Referent schilderte ausführlich an der Hand statistischen Materials, daß die Steigerung der Preise an Grund und Boden und die hierauf folgende Wohnungsnot eine Frucht der heutigen vorkapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Jedoch werden Staat und Kommune unter den heutigen Wahlführern — die den Arbeiter abseits stellen — die Uebel nicht beseitigen, so lange nicht wahre Volksparlamente gute Gesetze schaffen. Dem Berliner Magistrat ließ Redner für seine lächerlichen Vorschläge eine berde Lektion zusammen. Zum Schluß referierte beleuchtete Redner das wucherische

Treiben der Kohlenhandlaren unter großem Beifall. Die beiden Resolutionen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Mierkes Salon, Schönhauser Allee, war bis auf den letzten Platz besetzt. Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten. Der Referent Stadtvordneter Genosse Koblenzer beleuchtete in seinem einflussreichen Referat in erster Linie die Wohnungsfrage nach allen Richtungen hin, besprach die Mittel zur Abhilfe der derzeitigen Wohnungsnot unter Betonung des prinzipiellen Standpunkts der Socialdemokratie. Er unterzog das Verhalten des Berliner Magistrats, der mit seiner „Stiftung“ von einer ganzen Million dem Wohnungswucher zu Leibe rüden wolle, einer verdienten Kritik. Sodann entwickelte Redner die wahren Gründe der jetzigen Kohlentenerung. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag erfolgte die einstimmige Annahme beider Resolutionen.

Sociales.

Fahrtprämienmäßigung für erkrankte Mitglieder der Krankenkassen und der Invaliden-Versicherung. Mit Wirkung vom 1. Januar 1901 an ist erkrankten Mitgliedern von Krankenkassen, ebenso Kranken Versicherten der Invaliden-Versicherung, die auf Anordnung dieser Kassen bezw. der Versicherungsanstalt Württemberg in Heilanstalten, Bäder und Luftkurorte (Erholungsstationen) aufgenommen werden, bei der Reise an solche Orte, sowie zur Rückreise in die Heimat die Benutzung der dritten Wagenklasse aller Züge zum Militärfahrpreis (1,5 M. für das Kilometer) gestattet. Als Ausweis für die Erlangung des ermäßigten Fahrpreises dient die nach dem vorgeschriebenen Muster ausgefertigte Bestätigung der Vorstandsschaft der Krankenkasse oder Versicherungsanstalt über die Zugehörigkeit zur Kasse bezw. Invalidenversicherung und a) bei der Hinreise über die erfolgte Gewährung der Aufnahme in die Heilanstalt (Bad, Luftkurort), b) bei der Rückreise über den Aufenthalt in der Anstalt zc. und deren Benutzung zum Kurzgebrauch. Die Formulare zu den Ausweisen sind gegen Kostenerfolg von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu beziehen. Auf Begleiter der Kranken erstreckt sich die Ermäßigung nicht. Freigezög wird nicht gewährt. Die Fahrtprämienmäßigung wird auch in Fällen der ambulanten Behandlung durch einen auswärtigen Arzt gewährt. Hierbei ist bei der Hinreise in dem Ausweis der Zweck der Reise genau anzugeben; für die Rückreise ist in dem zur Hinreise benutzten Ausweis von dem behandelnden Arzt das Eintreffen des Patienten bei ihm zu bescheinigen. Bei öfterem sich wiederholenden Besuchen genügt ein Ausweis für sämtliche Reisen; in diesem Falle hat der Arzt den jeweiligen Besuch und beim letzten Besuch die Beendigung des Heilverfahrens auf dem Ausweis zu bescheinigen.

Diese anerkanntswürdige Einrichtung geht nicht etwa von der preussischen, sondern von der württembergischen Staatsbahn-Verwaltung aus. In Preußen ist das ausdrücklich abgelehnt worden, ja man hat sogar die früher gestattete Bewilligung von Arbeiterfahrkarten nach Erholungsheimen in der Umgegend von Berlin wieder aufgehoben.

In einer Freisprechung aus merkwürdigen Gründen kam das Landgericht Plauen am vergangenen Sonnabend gegenüber dem Kaufmann Scheibner, der angeklagt war, an verschiedenen Tagen etwa 20 Arbeiterinnen bis abends 9 Uhr beschäftigt und somit gegen § 137, I der Gewerbe-Ordnung verstoßen zu haben. Scheibner führte zu seiner Entschuldigung an, daß er zu dieser Beschäftigung auf Grund seiner Arbeitsordnung, die der Stadtrat zu Plauen geprüft und genehmigt habe, berechtigt sei. In der Arbeitsordnung stand denn auch die Bestimmung, daß für die in Frage kommenden Arbeiterinnen die Arbeitszeit im Winter von morgens 8 Uhr bis abends 9/10 Uhr festgesetzt sei. Der Stadtrat zu Plauen bestätigte auch durch ein Schreiben, daß er diese Arbeitsordnung infolge eines Verbesandes seiner Zeit bestätigt habe. Sowohl das Schöffengericht als auch auf eingeleitete Berufung seitens des Staatsanwalts das Landgericht kam zu dem Freispruch, weil ein persönliches Verschulden des Angeklagten im gegenwärtigen Falle nicht vorliege. Als Staatsangehöriger habe er die von einer vorgelegten Behörde genehmigten Bestimmungen anzuerkennen und sich danach zu richten.

Versammlungen.

In einer Versammlung der Gold- und Silberarbeiter sprach am 30. Oktober Dr. Victor Fränkl über das Thema: Etwas aus der Reichsversammlung. Sodann gab Redner den Bericht der Agitationskommission. Redner bemerkte, daß das Jahr 1900 mit zu den ereignisreichsten in der Branche zähle. Vor allem sei es gelungen, den neunständigen Arbeitstag zu erringen. Ferner haben in dem verfloffenen Jahre 12 Versammlungen, 10 Werkstätten-Vertrauensmännerversammlungen, 25 Werkstättenversammlungen und 12 Sitzungen der Agitationskommission stattgefunden. In den letzten sechs Wochen sind über 100 Mitglieder dem Verband beigetreten. Die hierauf vollzogene Renewal der Agitationskommission ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Zu Verschiedenem wurde auf die durch hiesige bürgerliche Blätter gegangene Notiz, die Löhne der in der Gold- und Silberwaren-Branche beschäftigten Arbeiter betreffend, hingewiesen und bemerkt, daß der betreffende Bericht, was die Löhne anbelangt, sehr aufgebauscht war. Ueberhaupt so ziemlich nichts enthalten war, was den Thatsachen entspricht.

China.

Die deutschen Kulturträger in China. Wenn man die Kriegsbeizehen verfolgt, namentlich die von den Specialberichterstattern gegebenen Darstellungen über die Kriegszüge der europäischen Truppen, da fragt man sich verunndert, was denn all dies Nordens, Sengens und Brennen eigentlich für einen Zweck haben soll. Bald wird von Peking oder Tientsin nach dieser, bald nach jener Seite ein Ausfall nach dem Innern des Lands gemacht, um auf Voger zu jagen. Bald sind es deutsche, bald englische Offiziere, die sich an die Spitze eines Trupps Soldaten stellen und fort geht es, um der Abenteuerlust und der Ruhmesucht, wohl auch dem Raubdurst zu genügen.

Was bei dieser Art der Kriegsführung — ohne Kriegserklärung allerdings — eigentlich erreicht werden soll, bleibt, wie gesagt, unersichtlich. Als der Feldzug unternommen wurde, war, wenn man von dem überschwinglichen Raubgesire, das die Khabipresse ausstimmte, absieht, das Ziel die Befreiung der Gesandten. Dies Ziel wurde erreicht, längst bevor der Graf Waldersee und die Masse der deutschen Truppen in China ankommen. Selbst wenn die Mächte das Recht hätten, die Befreiung der „Schuldigen“ zu verlangen, so ist doch Prinz Tuan, der der Hauptschuldige sein soll, ins Innere des Lands geflohen, er ist, wie berichtet wird, als buddhistischer Priester verkleidet, auf der Flucht; für die Europäer jedenfalls unerreichbar. Auch die übrigen „Schuldigen“ dürften wohl nur mit Hilfe der chinesischen Behörden selbst festzunehmen sein. Jedenfalls ist mit dem planlosen herumwühlen, dem Niederhauen von Chinesen nichts erreicht. Im Gegenteil, die Müt der Chinesen gegen die Fremden wird immer größer, die Voger-massen werden verhärtet durch die von den modernen Hunnen von Haus und Hof Verjagten. Anstatt der Soldaten, sollten die Diplomaten in Aktion treten, vor allem sollte — selbst vom Standpunkt der Mächte aus, die das Recht zu haben meinen, das Land militärisch besetzt zu halten dürfen —

der Waffenstillstand

eintreten, der den Heeresführern einfach von ihren Regierungen geboten zu werden braucht; Unterhandlungen mit den Chinesen sind da nicht nötig, da ja „offiziell“ Krieg gar nicht besteht. Die europaischen Gesandten sind zwar in Peking versammelt, aber ihre Arbeiten gehen trotz der Bemühungen Pi-Hung-Tschangs nicht vorwärts. Bis jetzt ist man noch nicht über die

„vorläufigen“ Verhandlungen

hinausgekommen. Bei der letzten Zusammenkunft der Gesandten wurde ein Vorschlag des englischen Gesandten beraten, welcher

dahin geht, daß der vorläufige Friedensvertrag eine Klausel enthalten solle, der zufolge China sich ausdrücklich verpflichten müsse, die Handelsverträge umzuformen. Dies hat den Zweck, China zu zwingen, viele unzutraglichen Verträge zu beseitigen, welche den Handel jetzt behindern. Obwohl China bereits seine Bereitwilligkeit zu dieser Reform ausgesprochen hat, so stieß dieser Vorschlag doch heute auf Widerspruch, und es ist zweifelhaft, ob derselbe dem vorläufigen Friedensvertrag eingefügt werden wird, obwohl jede handelsbetreibende Nation später neue Handelsverträge durchsetzen will. Wer mag an den Verzögerungen die Schuld tragen?

„Nur nicht so weislich.“

Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Deutschen auch in China sich als die „kriegerischste“ Nation zu zeigen befreit sind. Von ihnen werden die meisten Kriegsthaten bekannt. Bei den wichtigeren Aktionen des Feldzugs, der Eroberung der Tschu-Forts, der Erstürmung Peking, waren die Deutschen nur wenig vertreten. Wollen sie jetzt nachträglich ihre Vorbeeren ernten und den andern Nationen unter allen Umständen zeigen, daß aus dem „weislichen“ „Volk der Denker“ ein „Hunnen-Volk“ geworden ist? Jedenfalls kann man nicht bloß in der deutschen bürgerlichen Presse jetzt alle Tage Himmelsbriefe lesen, auch das Ausland fängt an, sich damit zu beschäftigen.

Schon gestern brachten wir im Auszug eine Korrespondenz des Bureau Laffan aus Peking. Der „Frankfurter Zeitung“ geht über diese Korrespondenz aus London eine noch viel drastischere Besart zu. Danach werden die deutschen Verträge über Unruhen in vielen Gegenden als zweifellos sehr übertrieben gekennzeichnet. Die deutschen Offiziere klagen beständig darüber, daß bei Yangtsun und Tschangow auf ihre Fluchboote gefeuert wird, und ihre Boote antworten immer damit, daß sie einige Chinesen erschießen. Seit dem Vorrücken der Verbündeten zum Entlage Peking sind 500 Chinesen am Fluße erschossen worden. Die Beschlüßigung, daß sie auf die deutschen Boote geschossen hätten, war oft ungedenkerfüllt. Die Erschossenen waren meist **Kulds**, die auf den Feldern arbeiteten. In einer Beschlüßigung gegen das unterschiedslose Schießen der Deutschen dem Fluße entlang und unter Aufsührung besonderer Fälle von Tötung unschuldiger Chinesen werden die verbündeten Generale gebeten werden, den Grafen Waldersee zu ersuchen, das Schießen einstellen zu lassen. Während die Deutschen berichten, daß auf ihre Boote geschossen wird, ist seit dem Vorrücken nicht ein einziger Angriff auf englische, amerikanische oder japanische Boote unternommen worden. Die Bevölkerung ist freundlich und arbeitet, wenn es ihr gestattet wird. In der Umgegend des Hauptquartiers des Grafen Waldersee wird jede Nacht geschossen. Die Chinesen mißverstehen häufig den Befehl stillzustehen, und es wird dann auf sie geschossen.

Letzte Meldungen.

London, 7. November. Nach Meldungen aus Schanghai soll es dem chinesischen Kaiser mit Hilfe von Freunden gelungen sein, seiner Bewachung zu entkommen. Derselbe befindet sich auf dem Wege nach Peking.

Berlin, 7. November. (B. Z. W.) Ueber das Gescheh bei Tschuangwan giebt eine Meldung des General-Feldmarschalls Graf Waldersee nachfolgende Einzelheiten: Der Feind war etwa 2000 Mann stark, an Toten wurden bei ihm 8 Offiziere 78 Mann aufgefunden. Diebstahliger Verlust: Major v. Förster leicht verwundet, 4 Mann tot, 2 schwer, 8 leicht verwundet. Bei der Verfolgung noch ein Sammelfeuergefecht erbetet.

Rom, 7. November. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Peking gemeldet: Eine gemischte, aus Deutschen und Italienern bestehende Kolonne unter dem Befehl des Obersten Garioni, ist von Paoingsu hierher zurückgekehrt. Die Kolonne, die nur aus 350 Mann bestand, griff mit großer Kühnheit die befestigte Stadt Kuanhsien an, welche von 1500 mit Gewehren bewaffneten Chinesen und Artillerie verteidigt wurde. Nach einem heftigen Kampf besetzte die gemischte Kolonne die Stadt, entwarfente die chinesischen Soldaten und erbeutete acht Kanonen. Von der Kolonne wurde nur ein Mann schwer verwundet, einige andre wurden leicht verwundet.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Hamburg, 7. November. (Privat-Depeche des „Vorwärts“.) Pestverdächtiger Krankheitsfall ist an Bord des von Glasgow hier eingetroffenen Dampfers „Gann“ vorgekommen. Ein erkrankter Matrose wurde auf Anordnung der Medicinalbehörde in die Isolierbarade des Eppendorfer Krankenhauses untergebracht. Ueber das Schick wurde Quarantäne verhängt.

Antisemitischer Wahn.

Wien, 7. November. (U. S.) Zwei Bezirksräte brachten beim Gemeinderat den Antrag ein, die Heinegasse in Bogeljanggasse umzutauschen, weil der Name Heine den Gefühlen des größten Teils der Bewohner des Stabbezirks Margareten widerspreche.

Grubenunglück.

Brüssel, 7. November. In einem Schacht bei Seraing ist Feuer ausgebrochen. Bis heute mittag 1 Uhr waren 320 von 500 Arbeitern gerettet. Weitere Nachrichten sollen noch.

Der Skandal in Neapel.

Rom, 7. November. (B. Z. W.) Wie die Zeitungen melden, soll der Ministerrat heute beschlossen haben, den Gemeinderat von Neapel aufzulösen, einen königlichen Kommissar zu ernennen und gleichzeitig eine Untersuchungs-Kommission in Sachen der Municipalverwaltung von Neapel einzusetzen.

Neapel, 7. November. (B. Z. W.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderats gaben der Bürgermeister und seine Beigeordneten ihre Entlassung, ebenso mehrere Gemeinderäte. Der Gemeinderat nahm dann einen Antrag an, in welchem die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt wird und wählte mit 35 Stimmen von 68 anwesenden Mitgliedern einen neuen Bürgermeister und neue Beigeordnete, aber die aus der Minorität erwählten Gemeinderäte erklärten sofort, daß sie das Mandat nicht annehmen.

Veränderungen im englischen Kabinett.

London, 7. November. (B. Z. W.) Folgende weitere Veränderungen im Kabinett werden heute amtlich bekannt gegeben: Long, Präsident der Lokalverwaltung, Gerald Valfour, Präsident des Handelsamts, Wyndham, Lordkanzler von Irland, Viscount Cranborne, Untersekretär im Auswärtigen Amt, Kusten Chamberlain, Finanzsekretär im Schatzamt, Lord Stanley, Finanzsekretär im Kriegsamts, Arnold Forster, Parlamentssekretär in der Admiralität.

Bremen, 7. November. „Bismanns telegraphisches Bureau“ meldet: Zu dem hier vorgekommenen Vessall wird uns mitgeteilt, daß sämtliche in Hamburg und hier abgemusterte Seeleute des Dampfers „Ratensburg“, zu dessen Bewachung der an der Pest gestorbene Matrose Runge gehörte, ermittelt sind und hier unter fortgesetzter ärztlicher Beobachtung stehen bis auf zwei, die in Hamburg abgemustert wurden und sich nach ihrer Heimats begeben haben. Die Heimatsbehörden der letzteren sind entsprechend benachrichtigt. Die unter Beobachtung Gestellten befinden sich bis jetzt wohl.

Budapest, 7. Novbr. (U. S.) Das Abgeordnetenhaus trat den Bestrebungen des Kultusministers schärfstens entgegen, den deutschen Sprachunterricht aus den Schulen auszumerzen. Der deutsche Sprachunterricht dürfe nicht vernachlässigt werden, da selbst Frankreich denselben pfllege.

Prozeß Sternberg.

Nach Eröffnung der Mittwoch-Sitzung durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Müller wird Polizeidirektor v. Meer- schmidt-Hällessem noch einmal vorgelesen. Präsi.: Ich möchte noch einige Dinge aufklären, um Irrtümern zu befehlen. Sie habe Sie gefragt, ob Sie außer den von Ihnen erwähnten Möbeln geringeren Werts, die Ihnen zur Möblierung eines Landhauses gegeben worden. Keine Geschenke von Sternberg erhalten? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Auch nicht Ihre Frau oder Ihre Töchter? — Zeuge: Nein. Ich habe nicht einmal zu meinem 25 jährigen Jubiläum irgend etwas von Herrn Sternberg erhalten. — Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge: Sternstädter sei nicht verlegt worden, sondern in eine andere Abteilung gekommen, es hätte aber Herr v. Tredow jederzeit freigestanden, ihn wieder zur Sternberg-Sache heran zu ziehen. Ferner konnte doch auch der Kriminalkommissar, unter dem er jetzt stand, ihm Aufträge geben. — Präsi.: Haben Sie Veranlassung genommen, ehe Sie dem Schutzmann Sternstädter Ihre Mißbilligung ausdrücken, festzustellen, ob Herr v. Tredow oder dessen Vertreter während seines Urlaubs oder der eigentliche Kommissar dem Sternstädter einen Auftrag zu Recherchen gegeben hatten? — Zeuge: Nein, das war aber auch nicht nötig, denn es würde mir dann immer gesagt worden sein, daß die betreffenden dem Sternstädter haben wollten. Ich habe dem Schutzmann Sternstädter das eigenmächtige Recherchieren untersagt auf Grund eines bestehenden Erlasses des Ministers des Innern. Weiter bemerkt noch der Zeuge: Bei uns herrschen keine militärischen Verhältnisse etwa wie zwischen dem Polizeilieutenant und dem Schutzmann; das liegt in der ganzen Natur der Tätigkeit, die es mit sich bringt, daß der Kriminalkommissar mit dem Kriminal- schutzmann öfter weniger formell verkehrt, als dies sonst üblich ist. — Präsi.: Es ist bereits zur Sprache gekommen, daß Sternstädter eine Gratifikation von 75 M. erhielt. Auch der Kriminalkommissar Thiel hat eine höhere Gratifikation erhalten. Aus welchen Mitteln ist diese geflossen? — Zeuge v. Hällessem: Es kommt vor, daß Private, Gesellschaften usw. der Kriminalpolizei

Inwendungen

machen, die je nachdem an die betreffenden Beamten zur Verteilung gelangen, mit welchem Erfolge dieselben bei einer Sache tätig waren. — Präsi.: Wir kommen nächst noch auf den Fall mit dem Staatsanwalt Roman zu sprechen. Sie behaupten, daß Sternstädter zweimal von Herrn Roman einen Auftrag erhalten hat? — Zeuge: Ja, in dem einen Fall nahm ich aber an, daß Sternstädter nur eine Audienz gebraucht hätte. — Präsi.: Sie erhielten also einen Brief von dem angeblichen Major Roman. Dielten Sie sich für berechtigt, diesen Brief zu vernichten? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Es wird aber auch dem Sternstädter zum Vorwurf gemacht, daß er einen anonymen Brief vernichtet habe. — Zeuge: Wenn der Brief irgend etwas Verleidendes gegen Sternberg enthalten hätte, würde ich ihn nicht vernichtet haben. Er enthielt aber nur die Anfrage, ob es bekannt sei, daß Sternstädter bei Blümke immer noch erscheine. — Präsi.: Sie haben es aber doch für notwendig gehalten, erst darüber mit Ihrer Frau Gemahlin Rücksprache zu nehmen? — Zeuge: Nein, es ist wohl nur eine zufällige Erwähnung gewesen. — Der Zeuge v. Hällessem bittet dann, sich über die

Photographie-Angelegenheit

des Angeklagten Sternberg noch einmal auslassen zu dürfen, da einzelne Zeitungen seine Aussage falsch angefaßt haben. Die photographische Aufnahme eines Verhafteten finde nur statt, wenn derselbe die ihm zur Last gelegte That bestritte und durch Jengen rekonstruiert werden müsse. Der mit der Sache betraute Kommissar ordne das Photographieren an und er, der Polizeidirektor, erteile durch eine Handbemerkung neben der Verfügung seine Genehmigung dazu. Diese Photographien würden dem Publikum ohne Namensangabe vorgelegt. An dem Morgen, als Herr v. Tredow die Abnahme Sternbergs angeordnet hatte, sei er zufällig etwas später ins Bureau gekommen. Anfangs habe er seine Zustimmung nicht geben wollen, als Herr v. Tredow aber erklärt habe, daß das Bild nur zu Rekonstruktionszwecken benutzt werden solle, sei er damit einverstanden gewesen. Der Zeuge berichtet noch einige Punkte, die nach seiner Meinung in den Zeitungen nicht ganz richtig wiedergegeben worden seien. Was die

Hypothekangelegenheit

betrifft, so erklärt Zeuge: Zur Charakteristik meines Verhältnisses zu Herrn Sternberg in dieser Beziehung kann folgendes dienen: Als die Hypothek auf Herrn Sternbergs Namen umgelassen werden sollte, suchte ich ihn, ob er nicht geneigt sei, mir oder dem neuen Käufer des Landhauses noch eine Hypothek von 1000 M. zu geben. Diese sollte vor meiner Realkaufveräußerung von 2000 M. eingetragener werden; Sternberg schlug dies aber ab, weil ihm die Sache zu unsicher schien. — Präsi.: Das Grundstück, welches früher in einer Einöde lag, war wohl inzwischen viel wertvoller geworden? — Zeuge: Gewiß; es geht jetzt die Strandpromenade vorbei und das Grundstück wird als Hotel benutzt. — Staatsanwalt Braun: In der Deffenzklause wird aus der Akte ersichtlich, daß Frieda Woyda ihre Aussage zurückgezogen hat, nachdem der Schutzmann Constain bei Blümke war, allerlei gefolgert. Ich möchte feststellen wissen, daß der Schutzmann Constain gar nicht von Herrn v. Hällessem, sondern von Herrn v. Tredow hingeschickt worden ist. — Zeuge: Ich habe ihn jedenfalls nicht hingeschickt. — Zeuge v. Tredow: Ich bin sogar so vorsichtig gewesen, ehe ich Constain hinschickte, dem Herrn Abteilungsdirigenten Wortrag darüber zu halten. Ich sagte ihm: Der Prozeß Sternberg nahe nun wieder, es wäre doch angemessen, mal nachsehen zu lassen, ob Blümkes nenerdings durch Detektivs belastigt würden. Ich habe infolgedessen auch dem Constain anheimgegeben, das Kind

nach der Schule zu begleiten.

d. h. nur in einiger Entfernung hinter ihm herzugehen. Der Schutzmann Constain hat ja dann auch nur ganz wenige Worte gesprochen. — Präsi.: Herr v. Meerfeldt-Hällessem, ich muß noch die Frage an Sie richten, ob Sie infolge Ihrer früheren Vermögensverhältnisse in die Lage gekommen sind, Wechsel in die Welt zu legen? — Zeuge: Bei Herrn Sternberg jedenfalls nicht. — Präsi.: Sie wollen damit sagen, daß weder Sternberg noch ein anderer mit demselben in Zusammenhang stehenden Institute mit den Wechseln in Verbindung steht? — Zeuge: So ist es. — Justizrat Dr. Sello wünscht zu wissen, was der Angekl. Sternberg gesagt hat, als er vor seiner Überführung nach Moabit noch ein paar Worte mit dem Zeugen gesprochen hat. — Zeuge: Meines Erinnerns sagte er: Ich gebe Ihnen mein Wort, es ist eine Intrigue gegen mich, es wird sich ja aufklären. — Präsi.: Das ist ein Zeugnis gegen mich, es wird sich ja aufklären. — Zeuge: Ich will es Ihnen von Herzen wünschen, daß es sich aufklärt. — Präsi.: Es geht hier eben ein Brief ein, wonach ein

Kaufmaler M. Normann

aus der Kurfürststraße mittelst, daß er wirklich existiert und ein dringendes Interesse daran habe, festzustellen, daß er niemals mit Herrn v. Meerfeldt-Hällessem in Verbindung getreten ist und ferner nichts niemals ein solcher Brief, wie er erwähnt worden ist, an Herrn v. Hällessem geschrieben worden ist. Seines Wissens gebe es keinen anderen Kaufmaler seines Namens in Berlin oder in Deutschland. — Zeuge v. Hällessem zieht sich die Handschrift des Briefs an und erklärt, daß dieselbe völlig anders sei, als die offenbar verteilte Handschrift auf dem ihm seiner Zeit zugegangenen Brief, den er für pseudonym gehalten habe. — Der Zeuge wird nochmals von den verschiedensten Seiten über die Verhaft- und Organisationsverhältnisse der Kriminalpolizei im allgemeinen und bezüglich des Sternbergschen Falls im besondern

befragt und mehrfach darüber um Auskunft erfragt, wieso er sich für berechtigt glaube, Herrn Sternstädter sein Mißfallen über dessen Recherchen auszudrücken. Der Zeuge bleibt dabei, daß er sich nur die eigenmächtigen Schritte des Sternstädter verbeten habe und betont, daß, wenn ja auch nicht feststand, ob die zweite Instanz im Sternberg-Prozesse beschritten werden würde, doch in der ersten Instanz schon alles Material festgestellt worden war und Sternstädter also nicht mehr eine unentbehrliche Person für Herrn v. Tredow war. Bezüglich seines

Verkehr bei Sternberg

bemerkt Zeuge schließlich: Es wurde da etwa nicht furchtbar geschlemmt, sondern es ging bei den Besuchen, die ich hier und da machte, sehr einfach zu, es wurde Tee, Bier oder Tafelwein getrunken. Ich habe auch wiederholt einzelne Personen aus der ersten Gesellschaft da angetroffen.

Alldann erbitet sich

Zeuge v. Tredow

das Wort: Ich habe gestern im Wirtshaus einen eignen Bericht eines hiesigen Blattes gelesen, welcher nur in einem Teil der Auflage des Blattes gekommen zu sein scheint. Da standen bezüglich einiger meiner Aussagen Sachen drin, welche zeigen, daß ich vollkommen mißverstanden worden bin und die ich aufräumen muß, damit nicht ein schlechtes Licht auf mich fällt. Man wird mich nachfragen können, daß ich hier nicht mit Freude und Vergnügen als Zeuge erschienen bin und unter meinem Eide gezwungen war, interne Sachen der Kriminalpolizei zu berühren. Ich möchte hier nicht in den Verdacht kommen, daß ich gegen Herrn Polizeidirektor v. Hällessem gehässig vorgehen wollte. Jener Bericht behauptete beispielsweise, ich hätte gesagt, daß, als Herr Sternberg von mir verhaftet worden war, Herr v. Hällessem „aufs höchste empört“ gewesen sei. Das ist in keiner Weise von mir gesagt worden und trifft auch nicht zu. Auch meine Äußerungen über die von mir angeprochene Ansicht, Herrn Sternberg zu photographieren und die entgegengelegte Ansicht des Herrn v. Hällessem sind in jenem Fall durchaus mißverstanden worden. Ich habe durchaus nicht die Absicht gehabt, Herrn Sternberg „zur Aufnahme in das Verordnungsalbum“ zu photographieren, sondern lediglich zu Rekonstruktionszwecken. Ich brauchte die Photographien, um sie nach auswärts zu versenden. Hätte mir Herr Sternberg selbst eine Photographie von sich überlassen, so brauchte ich ihn nicht photographieren zu lassen.

Seitens der Verteidigung wird auf einen Punkt hingewiesen, der in der früheren Verhandlung eingehend erörtert worden ist. Frieda Woyda hatte bei ihrer polizeilichen Vernehmung angegeben, daß Sternberg auch mit einem andren Schulmädchen, das sie nur mit dem Vornamen

„Hildegard“

kenne, unzüchtige Handlungen vorgenommen habe. Dies sei ihr von der Clara Fischer erzählt worden mit dem Hinzufügen, daß die Hildegard viel weiter zu Sternberg gewesen sei als sie. Diese Angabe ist von der Woyda in der früheren Verhandlung wiederholt worden. Sie wird jetzt wiederum von dem Präsidenten in der eingehendsten Weise befragt, ob sie vor Polizei und Gericht die Wahrheit gesagt habe, es ist aber eine bestimmte Antwort nicht von ihr herauszubekommen, die Jengin bleibt bei ihren stereotypen Aussagen „ich weiß es nicht“ oder „ich kann mich darauf nicht bestimmen“.

Es folgt hierauf die Vernehmung des

Dieg. Rats Dietericl:

Der Zeuge erklärt, daß es sich am Ende vor. J. oder Anfangs d. J. darum handelte, eine neue Abteilung bei der Kriminalpolizei zu schaffen, welche den Verkehr anständiger Wilder zu überwachen sollte. Zunächst wurde dem Kriminalkommissar Dam die Leitung übertragen, dann wurde auf meinen Vorschlag Herr Dam durch den Herrn v. Tredow ersetzt. — Präsi.: Und aus welchem Grunde? — Zeuge: Es wurde dem Herrn Dam fälschlicherweise vorgeworfen, daß er sich bei der Beschlagnahme von Bildern in einer Aushandlung nicht mit der Erfahrung benommen habe, die man einem derartigen Beamten zutrauen solle. Der Fall wurde in der Presse besprochen und Herr Dam wurde auch im Abgeordnetenhause angegriffen. Dies war der Grund, weshalb ich ihn durch den mir besonders geeignet scheinenden Kommissar v. Tredow ersetzen ließ. Ich nahm an, daß Herr v. Tredow diese Umänderung mit dem Direktor v. Hällessem besprochen und sich ebenso mit ihm darüber vereinbart hat, welche Unterbeamten ihm zuerteilt bleiben sollten. Daß damals von dem Kriminalschutzmann Sternstädter die Rede gewesen ist, weiß ich nicht. Ich habe erst durch diese Verhandlung erfahren, daß Herr v. Hällessem zu Herrn Sternberg in gesellschaftlichen Beziehungen stand, aber selbst wenn ich damals bereits Kenntnis davon gehabt hätte, würde ich keinerlei Bedenken darüber geäußert haben. Der Prozeß Sternberg war beendet und die Recherchen waren somit beendet. Wurden diese wieder aufgenommen, so konnte Herr v. Tredow mir den Wunsch ausdrücken, daß ihm der Schutzmann Sternstädter wieder zur Verfügung gestellt werde. Soviel ich weiß, ist dies auch geschehen. Eine genaue Trennung der Unterbeamten läßt sich gar nicht durchführen. Kommt eine Kapitalfrage vor, so werden bisweilen gegen 100 Schutze aus allen Abteilungen zusammengeholt.

Auf wiederholtes Befragen durch den Vorsitzenden erklärt der Zeuge wiederholt, daß der Kommissar v. Tredow jederzeit den Schutzmann Sternstädter hätte haben können, wenn er den Wunsch dazu ausgesprochen hätte. — Präsi.: Sie haben schon gesagt, daß Ihnen von einem Verkehr des Herrn v. Hällessem mit Herrn Sternberg nichts bekannt gewesen sei. Wie ist es denn nun aber denkbar, daß Herr

Sternstädter oder Herr Thiel

dies wußten? — Zeuge: Darüber kann ich nichts sagen. — Staatsanwalt Braun: Zi der Zeuge nicht der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, wenn Herr v. Hällessem angefaßt seiner Beziehungen zu Sternberg es überhaupt unterlassen hätte, in dieser Sache eine Verfügung zu treffen? — Zeuge: Selbstverständlich hätte ich, wenn ich solche Beziehungen gekannt hätte — nicht etwa, weil ich befürchtete, daß Herr v. Hällessem diese Verhältnisse amlich mißbrauchen könnte, sondern in seinem eigenen Interesse — ihn ausgeschaltet oder ihn verboten, Verfügungen zu erlassen. Lediglich kann ich aus eigener Kenntnis bezeugen, daß Herr v. Hällessem keineswegs ein besonderes Interesse für Herrn Sternberg in seinen amtlichen Handlungen bezeugt, sondern alle Verfügungen zc. mir erst vorgelegt und von mir hat unterzeichnet lassen.

Der Zeuge giebt dann noch Auskunft über die Art, wie an einzelne Polizeibeamte Belohnungen oder

Gratifikationen verteilt

werden. Nach Abschluß des ersten Sternberg-Prozesses habe Herr Sternstädter auf Antrag des Herrn v. Tredow für seine Tätigkeit in dieser und in andren Sachen eine solche Gratifikation aus einem dazu vorhandenen Fonds erhalten. Rechn oder zwölf andre Schutze sind aber ebenso berücksichtigt worden. — Präsident: Können Sie uns etwas über den Reumund des Zeugen Sternstädter sagen? — Zeuge: Nein, ich bitte zu bedenken, daß etwa 500 Kriminalschutze vorhanden sind. — Präsident: Aus den Akten sehe ich, daß die Kriminalkommissare mit 2700 M. Gehalt beginnen und der Kommissar Thiel beispielsweise ein Gehalt von 3200 M. bezogen hat. Das ist für Berliner Verhältnisse und bei einer Familie mit drei Kindern etwas geringfügig. Es tritt allerdings noch hinzu der Wohnungsgeld-Zuschuß und 300 M. für Vorhaltung eines Zimmers in der Privatwohnung. — Zeuge: Das Gehalt der Kommissare steigt bis 4200 M., das der Inspektoren beginnt mit diesem Sage, steigt dann auf 4800 M. und in 3 Jahren auf 5000 M., dazu tritt noch der Wohnungsgeld-Zuschuß, und das Höchstgehalt beträgt

6200 M. — Präsi.: Was Herrn Thiel betrifft, so sehe ich aus den Akten, daß er mehrfach Unterstellungen und Remunerationen empfing. Ist es angesichts dieser Verhältnisse nicht etwas eigenartig, daß Herr Thiel in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Kriminalschutzmann

sechsmal eingeladen,

ihn mit Reibhuhn, Sauerlöh, Bier und Wein bewirtet hat? Man könnte auf den Gedanken kommen, daß das ein bißchen viel für seine Verhältnisse sei. — Der Zeuge erklärt, daß ihm die Privatverhältnisse des Kommissars nicht bekannt seien. Herr Thiel habe in kurzer Zeit belnahe 1000 M. Gratifikationen erhalten. — Präsi.: Kommt es vor, daß Kriminalschutze, ohne den Kriminalkommissar erst anzugehen, selbständig Recherchen zc. unternehmen? — Zeuge: Es lassen sich in dieser Beziehung keine bestimmten Regeln aufstellen, das Verhältnis des Kommissars zu seinen Schutzeuten wird sich nach der persönlichen Richtigkeit der letzteren und ihrem Eifer richten. Das läßt sich nicht reglementieren. — Präsi.: Sind Sie der Ansicht, daß Herr Sternstädter seine Befugnisse überschritten hat, wenn er auf eigene Faust mehrfach zu Blümke kam? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Anderserseits können Sie aber wohl auch nicht sagen, daß die Anordnung, die Herr v. Hällessem während der Verurteilung des Herrn v. Tredow dem Schutzmann Sternstädter gegeben hat, und diese ganze Einmischung unzulässig war. — Zeuge: Von Einmischung kann doch keine Rede sein, denn Herr v. Hällessem ist Vorkler der ganzen Inspektion B und zu solcher Anordnung befugt. — Justizrat Sello: Ist es auch eine unzulässige Selbständigkeit eines Kriminalschutzmans, daß dieser einen Verteidiger monatelang angeblich oberbiert, ohne seinem Vorgehen etwas davon mitzuteilen? — Zeuge: Nein. — Justizrat Dr. Sello: Ich glaube auch garnicht, daß es wirklich geschehen hat, sondern daß er Herrn Blümke gegenüber damit nur renommieren wollte. Ich habe ja gestern leider vergeblich gebeten, die Aussage des Zeugen Blümke über diesen Punkt zu protokollieren. — Zeuge Sternstädter: Ich habe ja meine Aussage hierüber verweigert. — Justizrat Dr. Sello: Ja wohl, aber Herr Blümke haben Sie es gesagt und das hätte ich gern protokollieren lassen. — Rechtsanwalts Ruohs: Wie wird es dienstlich beurteilt, wenn ein Mann, der vormittags eine Frau wegen Kluppelei verhört, abends mit dieser und einer andren Frauensperson in unzüchtigen Verkehr tritt? — Zeuge: Ueber diesen Punkt werden natürlich die geeigneten Maßregeln ergriffen werden.

Angekl. Sternberg:

Würde der Herr Zeuge den Kriminalschutzmann auch dann für geeignet gehalten haben, gerade in dieser Sache zu wirken, wenn ihm bekannt gewesen wäre: 1. daß der anonyme Brief, der den Anstoß zu der ganzen Sache gegeben, von demselben Mann veranlaßt war; 2. daß, nachdem die Affäre Journagen beendet war, wieder ein anonymes Brief weitere Maßnahmen inszenierte und daß der Zeuge diesen Brief, der doch von maßgebender Bedeutung als Ausgangspunkt für eine große Aktion war, vernichtete; 3. daß tags darauf derselbe Sternstädter die Dame, die in der anonymen Denunziation genannt war, aus dem Polizeipräsidium zu dem Mädchen Woyda geführt hat? — Zeuge erklärt, daß er nicht auf Fragen antworten könne, die als Ausgangspunkt den Say haben: wenn er dies und jenes gewußt hätte.

Nachdem noch Justizrat Dr. Sello hervorgehoben, daß die Verteidigung ihrerseits in keinem Stadium des Verfahrens sich auf Herrn v. Hällessem gestützt hat, wird Regierungsrat Dietericl entlassen.

Nach beendeter Pause erklärt der Angeklagte Sternberg, daß auch die ganze Geschichte der Frieda Woyda in betreff des Mädchens Hildegard aus den Fingern gezogen sei.

Kriminalschutzmann Ranpach

vernommen. Er sei Deonanz des Direktors v. Meerfeldt-Hällessem und als solcher zuerst in dem Bureau anwesend, auch während die Beamten ihren Chef Bericht erstatteten. Es sei ihm auffallend gewesen, daß Sternstädter im Vorzimmer das Gespräch häufig auf den Prozeß Sternberg brachte und dabei ein mehr als gewöhnliches Interesse für den Ausgang an den Tag legte. Es war unter allen seinen Kollegen bekannt, daß Sternstädter eine wichtige Rolle in dem Prozeß spielte und daß er sich darauf etwas einbildete. Am Tage vor der Verhandlung habe Sternstädter triumphierend gesagt: „Ja, morgen geht es los! Ich habe ihn jetzt. Der Jude muß jetzt hinein!“ Der Zeuge habe Veranlassung genommen, ihn zu ermahnen, daß er nicht gehässig und eigenmächtig gegen Sternberg vorgehen und nicht mehr gegen ihn ausfragen solle, als er verantworten könne. Er möge an seine Familie denken und vorsichtig sein. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er sowohl wie auch alle seine Kollegen der Ansicht waren, daß Sternstädter den Angeklagten Sternberg für schuldig hielt. Auf weiteres Befragen giebt der Zeuge zu, daß er auch zu Sternstädter gesagt habe, es könne für ihn

von Nutzen sein,

wenn er nicht allzu schroff gegen Sternberg vorgehe. Dies sei darauf zurückzuführen, daß der Direktor v. Hällessem Bemerkungen gemacht habe, wonach Sternstädter zu eigenmächtig vorgehe. Er habe dem letzteren darauf vorgehalten, daß er bei einem etwaigen Abgange doch ein gutes Mittel brauche. „Ach was“ habe Sternstädter geantwortet. Ich brauche keinen Menschen und ich brauche auch kein Mittel!“ Der Zeuge hat angenommen, daß Sternstädter die anonymen Briefe an die Blümkeschen Eheleute veranlaßt habe und deshalb auch einmal zu ihm im vornehmenden Lou gesagt: „Denken Sie an die Briefe!“ Der Zeuge hat dem Direktor v. Hällessem einmal den den Angeklagten vorkühren und der Unterredung zwischen beiden be- wohnen müssen. Die Unterhaltung habe nur einige Minuten gedauert und sich in den Grenzen der allgemeinen Redensarten bewegt, ohne daß der Fall selbst erwähnt worden sei.

Darauf wird

v. Meerfeldt-Hällessem verurteilt

und die ihn betreffende Angelegenheit scheint hiermit erledigt. Der Präsident teilt mit, daß wiederum mehrere Schreiben eingegangen sind, darunter eins von dem bekannten Spiritisten Dr. Egbert Müller. Der Inhalt des Briefes wird nicht mitgeteilt.

Der nächste Zeuge ist der

Frieseu Schilder,

zu dem die Frieda Woyda vom Waisenhaus aus gekommen ist. Er giebt dem Mädchen ein sehr gutes Zeugnis. Er hat sie nie auf Lügen oder Phantasieereien ertappt, sie sei immer freundlich, niemals verärgert und auch sehr fleißig gewesen. Er könne gar nicht bezeugen, wie das Mädchen jetzt plötzlich seine frühere Aussage wieder-rufen kann. Eines Tags sei einer von der Polizei gekommen, habe nach der Frieda gefragt und sich erkundigt, wo das Mädchen in die Schule geht. Später ist der Mann mit dem Mädchen gekommen und hat der Frau des Zeugen erzählt, was alles mit dem Mädchen passiert sein soll. Die Frau habe dies dem Kinde vorgehalten und dieses habe die Sachen zugegeben. Seine Frau habe dem Kinde oftmals darüber Vorhaltungen und Vorwürfe gemacht, ob es sich nicht schäme. Eines Nachmittags kam Frau Blümke und wollte das Mädchen zu sich nach Hause mitnehmen, weil eine Freundin da sei. Da dem Zeugen von dem Schutzmann gesagt worden war, er möge sich vorsetzen, daß das Kind nicht verschwinde, hat er zunächst Bedenken gehabt, das Kind ging aber schließlich mit. Als abends das Mädchen nach Hause kam, hat es erzählt, daß, wie sie kann aus dem Hause heraus war, eine Dame sich ihnen zugesellt habe, die Augen bei sich hatte und mit zur Blümke gegangen sei. (Es ist dies der Fall, in welchem die Angeklagte Expeding auf Frieda Woyda

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. November.
Opernhaus. Abu Hassan. Der Barbier von Bagdad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermänn. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Nacht der Hinführung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bessing. Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Rebell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichsh. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichsh. Die Butterfeste. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welken. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. (2. Teil.) Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Der Thor und der Tod. Hohenjosef. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Diebstahl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süssen. König Krause. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Wegen Vorbereitung zu „Haustrecht und Landfriedensbruch“ geschlossen.
Belle-Alliance. Die Zwilberwurgen. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verteilte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Kränlein Voreles. Anf. 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.
Hrania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Welt-ausstellung in Paris.
Im Hörsaal: „Schwefel u. Phosphor.“ Von Dr. Nass.
Juwelidentstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Faust. Von Goethe.
 Der Tragödie II. Teil.
 (2. Abend. Fausts Tod u. Erlösung).
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Zum erstenmale:
Die Welt in der man sich langweilt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Faust. II. Teil.
 (1. Abend. Das Reich der Ritter.)

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Das Theater bleibt heute wegen Vorbereitung zur Novität „Haustrecht u. Landfriedensbruch“ geschlossen.
 Morgen zum 1. Mal:
Haustrecht u. Landfriedensbruch.
 Scharromant. Schauspiel in 3 Akten von G. Ritterfeldt.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Der Liebes Schlüssel.
 Große Ausstattung mit Gesang und Tanz.
 Hauptdarsteller: Thomas, Thiescher, Heimberg, Junfermann, Paulmüller und Selig und die Damen Wilton, Schäfer, Banovius, Junfer-Schlag u. Wehling.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten von G. Jones.
 Franz Suppé.
 Freitag und Sonnabend:
Die Geisha.
 Sonntag, abends:
Der Vogelwandler.
 Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:
Die Geisha.

Passage-Theater

D-Vorstellung
 ununterbrochen von 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts.
 Jenseits d. krummen Lanke. 3. Seebataillon 2. Compagnie
12 Debüts erator Spezialität.
Passage-Panopticum
 geöffnet von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts.
China in Berlin
 Chinesischer Markt mit chinesischem Theater. Die Katze und der Engel.
 Eintrittspreis f. Theater (soweit der Raum reicht) einschliessl. Panopticum **50 Pf.**

Hrania

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
 Im Hörsaal:
 „Schwefel und Phosphor.“
 Von Dr. Nass.
Invalidentstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzitien, Nationaltänze.
 Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.
 „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina.
 Entree 50 Pf.
 Militär u. Kinder 25 Pf.

Palast-Theater

früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Gr. Konkurrenz-Programm!
Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!
Die Regimentsnummer
 Feste mit Gesang von R. Reichardt. Schlabach, Schlächtermistr.:
 Director **Richard Winkler.**
Lena Cass, die jüngste deutsche Soubrette.
Gisela, preisgekröntes Ges.- u. Tanz-Quartett.
Two Bretons, Medaillierter erster Rang.
Clown Levator mit seiner Dressur-Gruppe.
 Außerdem:
10 erstklassige Schauspieler.
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Saunt. 6 Uhr.
 Entree: 50 Pf.

Apollo-Theater

Fräulein Loreley
 Sign. Chavita Madge Ellis
Cäcille Carola
 u. 8 hervorragende Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch

Donnerstag, den 8. November cr., abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend
 anlässlich der

50. Aufführung

Berliner Landpartien

Uff über Uff. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.
 Besonders hervorzuheben:
Die Bootkatastrophe
auf dem Wüggelsee.
Mademoiselle Andalusia
 als weiblicher Jockey.
 Prof. Hermanns
 sensationelle Demonstrationen
 Kesselflug und rätselhafte
 Entschlüsselung eines Strahlens.
 Die Flucht aus dem verschlossenen
 Reisetkoffer mitten in der Manege.
 Europäische Kavallerien
 auf 16 Schützen.
 Director Busch
 m. seinen großartig. Preisgeldressuren.
 Vorführung stunner Silber
 durch das amerikanische
 „Bioscope“.

Am 15. November, abds. 8 Uhr

beginnen
 3 neue Abendkurse für Electrotechnik, Maschinenbau u. Praktikum.
 Anmelde. jederzeit im Bureau der „Elektra“, Prinsenzstr. 55.

Metropol-Theater.

Zum 121. Male:
Verkehrte Welt!
 Ausstattungsoperette in 5 Akten mit der originellen, prachtvollen **Frauenparade.**
 Vorher:
Das brillante vollständig neue November-Specialitäten-Programm.
Bonhair-Truppe
Alice Berley
Brüder Pantzer
 etc. etc.
 Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min.
 Rauschen überall gestattet.

Cirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 8. November, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung.
Ganz Berlin
 spricht von dem sensationellen November-Programm u. a. Aufzügen des
Baron Löwen Baron
 Director **Alb. Schumanns**
 anerkannt unerreicht bestehende **Originaldressuren.**
 Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:
CHINA.
 Sensationelles Range- und Wasser-Schauspiel.
 Mitwirkende ca. **600** Personen.
 Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstellungen, nachmittags 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4 Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
 Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!)
Excellenz kommt!
 Anfang 8 Uhr.
 Vorher: Konzert.

Prima haric 75/150

Schlackwurst a Pfd. **110** Pf.
Speck, mager, hiesige Schlachtung bei 5 Pfd. a Pfd. **65** Pf.
Speck, fett, bei 5 Pfd. a Pfd. 60 Pf.
Landhühner, echt oder in Käse a Pfd. **90** Pf.
J. Striepling, Köchler, 2. Geschäft: **Juwelidentstr. 147.**

Stets frisch ausgeflachtet:
Hirschfleisch 25, 40 Pf.
Blatt 50.
Hasen - Kaninchen 80 Pf.
Oderbr. Gänse 55 auch aus- geschlachtet.
 Gänseküken, Hühner, Enten, Tauben.
 A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
 Heute, Donnerstag, den 8. November:
Der Bettelstudent von Berlin
 Feste mit Gesang und Tanz in 3 Akten von G. Braun u. G. Busse.
 Musik von Franke.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Freitag:
Der Hüttenbesitzer.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
 Donnerstag,
 Sonntag u. Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
 Wochentags Tanz frei.
 Dienstag, den 13.:
Extra-Vorstellung
 zum Besten einer
Weihnachtsbescherung
 armer Kinder. Die ganze Einnahme, ohne Abzug, verbleibt dem guten Zweck.

Feinsten Zuckerrübenjaft, Mohrrübenjaft

liefert das Engros-Geschäft von K. Töpfer, Blumenstraße 35 b
frei ins Haus. a Pfd. 22 Pf., 3 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 1 M.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneide-Atelier bei
A. Karle, Waldemarstr. 66.
Gelegenheitskauf.
 Vorjährige Winterpaletots in schwarz und blau Edmimo, gute Qualität, II reichl. eleganter Stg. **58992***
 für Herren . . . M. 15,-
 Jünglings-Paletots „ **10,50**
J. Reisser, Friedrichstr. 244.

Möbelstoffe!!

auch Reize! alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf:
Mocquet-Büschje 5,35 M.
 per Reiser (130 cm breit). **96***
 Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin S., Drauentstr. 159.

Jede Dame lese!

Reiseunter, anschl. Wäsche.
 Jackets, schwarz u. farbig, v. M. 5,00
 Jackets a. Sde, eleg. verarb., v. M. 10,50
 Wolf-Kragen, far. u. einl., v. M. 5,00
 Fraucncapcs, 90-100cm l., v. M. 12,00
 Abendmäntel, sch. u. farb., v. M. 6,50
Damen-Mäntel-Fabrik
 on gros
 Seydelstr. 2, 1 Tr. am Spittelmarkt.
 Abends bis 9 Uhr. Sonntags 8-10
 und 12-2 geöffnet. **689***

Herren brauchen keine Anzüge mehr

für 100, 80, 70, 60 Mart,
 ich liefere hochlegante Anzüge oder Paletots nach Maß und Garantie für taubelosen Sitz für **20, 30, 40 Mart.** Reinkleider von 3 Mart an. Großes Stofflager. Eigene Zuschneiderei.
A. Priester,
 Gr. Frankfurterstraße 40.

Freie Volksbühne.

Winterfest
 zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Freien Volksbühne
am Sonnabend, den 17. November, abends 8 Uhr.
Brauerei Friedrichshain:
Lyriker-Abend. Solisten-Konzert.
 Unter Mitwirkung der Damen:
 Fri. Louise Dumont (Deutsches Theater) . . . Recitation.
 Magda von Dulong Gesang.
 Lina Abarbanell (Kgl. Opernhaus) Gesang.
 Martha Baginsky Violine.
 und der Herren:
 Woldemar Sacks Klavier.
 Paul Kurz Orgel.
 Henry von Dulong Gesang.
 Paul Paull (Deutsches Theater) Recitation.

Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr: I. Abteilung.

Carl Weiss-Theater: Ueber unsre Kraft. (II. Teil.)
 Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.
 Die Vorstellungen folgen am 18. November (Totensonntag, 25. Nov., keine Vorstellung), 2., 9., 16., 23. und 30. Dezember.
 Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass sie nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen dürfen. Nachzügler haben kein Anrecht auf einen Platz im Theater.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Graveure u. Ciseleure

und verw. Berufsgen. (Filiale Berlin).
 Sonnabend, den 10. November, in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29:
Grosses Konzert
 unter Mitwirkung des Berliner Männer-Quartetts „Harmonie“, der Sängerin Fri. Hedwig Kaufmann, des Recitators Herrn Max Felmy und des Berliner Sinfonie-Orchesters.
 Eintritt inkl. Tanz 50 Pf. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr.
 Billets sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: Ernst Bräuner, Mariannenplatz 5; Franz Guttschmidt, Kottbuser Damm 8; Paul Hoffmeister, Nirdorf, Kaiser Friedrichstr. 2-3; Jäger, Wallfadenstr. 11; Fischer, Blondenstr. 55; Karl Wunderlich, Wallstr. 76; Heinrich Sander, Reichsbergerstr. 132.
74/15

Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.

Jeden Donnerstag:
 Im neuen Festsaal: **Große Soiree der „Norddeutschen Sänger“**
 Zimmermann, Steinhardt, Slangenberg etc.
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
 Jeden Sonntag: **Grosses Militär-Streich-Konzert.**
 Anfang 6 Uhr. Max Kliem.
 Empfehlung meine 3 Säle: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, bereinigt und weislich.
57092*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr.
 Sonntag 5 Uhr. **Specialitäten.** J. M. Hätt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
 Ohne Arznei die dequente u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt).
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße.
 Nürnberg: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau: Victoria-Apothek.
54308*

Anerkannt vorzüglichste Qualität!
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!
Anker
 Brikets
 Anerkannt vorzüglichste Qualität!
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!
Arbeits-Bekleidung
 für Mechaniker, Bildhauer, Roller, Schlosser, Schlichter, Sonditoren, Friseur
 En gros - Detail **5617L***
D. Wurzel & Co.,
 Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.
Anker-Briketts
 sind zu haben bei **Friedr. Daniel u. Co.**
 Berlin W. 8., Leipzigerstr. 29.
Zähne 2 Mark. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mt. Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk., Plomben 1 Mt.
J. Blumberg, Zahnarzt.
 a. Dr. Dentist. Thor. Ept. 8-7, Entg. 8-1.

Abteilung **Echt Jamaica-Rum** und echt Verschnitt
 a Literflasche 2,10, 2,50, 3,10.
Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.
 Belle-Allianceplatz 6a. - Neue Friedrichstr. 51. - Oranienstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Grüner Weg 60. - Elsassstr. 71. - Putznerstr. 35. - **Schöneberg**, Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. - Steglitz, Albrechtstr. 18.

Der Radfahr-Berein „Frel Weg“, Schöneberg
K. grosses Stiftungsfest

am „Rheinschloss“ Friedenau,
Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr,
Andreasstraße 21 bei Stechert. Gäste 20 Pf.

Der praktische Naturheilkundige Grundmann spricht,
Aufnahme neuer Mitglieder, Frauen und Männer, im Vortrag und
Naturheil. 72 Köpnickstraße 72 (Heanderstr.)

Salontepich,
ertragreiches Produktiermodell 26,00,
wunderschöne Zimmerteppiche 8,00,
produktvoller Sammetteppich 30,00.

van Houtens Cacao
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den
täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertig nach Mass unter
garantierter Mix:

16. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns of numbers: 25 944 (500) 435 61 89 542 55 93 (500) 970 110073 116 84...

16. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns of numbers: 25 944 (500) 435 61 89 542 55 93 (500) 970 110073 116 84...

16. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns of numbers: 25 944 (500) 435 61 89 542 55 93 (500) 970 110073 116 84...

16. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns of numbers: 25 944 (500) 435 61 89 542 55 93 (500) 970 110073 116 84...

Jedes Wort 5 Pfennig.
Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fehlt. Worte mit mehr als 10 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 4 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Defektion, Reparation, Mittelstücke sofort zu vermieten.
Ein Grünbaum, Holz- und Kachelgeschäft zu verkaufen.
Schmiedegeschäft fruchtbarsteilbar zu verkaufen.

Mingelstift, Bobbin, Adlermaschinen, Schneidmähder, vor- und rückwärtsgehend.
Eiserne Ofen aller Systeme, Kronen, Türen, Doppelraster, sowie sämtliche Feuerungsgegenstände.

Elektrische, Abendmusik des Mannes, Alte Tafelstr. 24.
Rechtsanwalt Andreasstraße 63 (neben Concordia).
Unfallfahen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Papiere, Steuerverfahren.

Zuschneiderarbeit jeder Fertigkeit Ferdinand Kleinert, W. Schloßstr. 66, 2. Hof parterre.
Zimmer.
Mietgesuche.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.

Rahmenmacher verlangt Sagaras, Alexanderstr. 22.
Tüchtige Bambusarbeiter verlangt Bräuer, Alsterstraße 73.
Achtung, Brechler!
Achtung! Bantschler! Rixdorf!

Partei-Nachrichten.

Der Ausweisungsbefehl gegen Versteck soll, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, nicht aufgehoben worden sein. Dagegen soll unser Genosse auf sein Ansinnen gestattet worden sein, sich unter der Bedingung des Wohlverhaltens bis auf weiteres in der Schweiz aufhalten zu dürfen. Ist diese Meldung richtig, dann beruht die gleichfalls gemeldete Aufhebung des Ausweisungsbefehls gegen das übrige ehemalige Personal vom „Socialdemokrat“ sicher auf Kombination.

Gemeindevahlfrage. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schmölen und Eisenberg in Sachsen-Altenburg siegten nach einer Plättchenzählung zum erstenmal unsere Parteigenossen und errangen mehrere Mandate.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Schankstättenperren im Ruhrrevier. Unter dieser Epithete hat der Genosse Bredendeb in Dortmund in der „Rhein. Westf. Arbeiterzeitung“ einen Artikel veröffentlicht, worin er das Vorgehen der Polizeibehörden gegen verschiedene Schankwirte, die ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen hergaben, befragt. Durch den Artikel fühlten sich der Regierungspräsident von Westfalen, ein Landrat und ein Amtmann beleidigt und stellten Strafantrag.

Bredendeb hat einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an und beantragte die Ladung einer ganzen Anzahl hoher und niedriger Polizeibeamten, Gastwirte etc. als Zeugen. Vom Gericht hat Bredendeb jetzt die Mitteilung bekommen, daß die Ladung der Zeugen abgelehnt werde.

Das Gericht scheint demnach die von Bredendeb behaupteten Thatsachen als wahr zu unterstellen. Natürlich bleibt es dem Angeklagten unbenommen, die Zeugen selbst laden zu lassen und Gerichtsbeschlüsse über ihre Vernehmung anzuordnen. Interessant ist die Ablehnung des Wahrheitsbeweises durch den Vorsitzenden des Gerichtes immerhin.

— Viel Lärm um nichts. Acht Arbeiter hatten von dem Amtsgericht Friedland (Schles.) Strafbefehle in Höhe von 20 M. erhalten, weil sie bei der Verbreitung von Flugblättern für die Waldenburger Nachwahl gegen den § 386 Abs. 1 Str.-G.-B. (wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft), und in Verbindung damit gegen den § 1 der Ober-Präsidental-Verordnung vom 9. März 1896, betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage — verstoßen haben sollten. Auf erfolgten Widerspruch hatte das Amtsgericht die Strafe auf 15 M. herabgesetzt. Das Gericht hielt das Verteilen von Blättern an Sonn- und Festtagen für eine öffentliche bemerkbare Arbeit. In der Verhandlung vor der Strafammer stellte sich heraus, daß man keinen Beweis für die öffentlich bemerkbare Arbeit hatte. Die Sache mußte vertagt werden und der Staatsanwaltschaft wurde aufgegeben, Zeugen zu ermitteln, die behaupten können, daß das Verteilen der Blätter in öffentlich bemerkbarer Weise ausgeführt worden sei.

Kommunales.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat folgende Tagesordnung: Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Wahl eines Bürgerdeputierten für die Waisenverwaltung. — Vorlagen betreffend: die nachträgliche Genehmigung des Anlaufs der zur Anlage eines Haupt-Entwässerunggrabens aus dem Rittergut Siethen im Jahre 1895 erworbenen Ländereien, — die Festsetzung von Einheitsfähren für die Erstattung der Waisenpflegekosten während der Zeit 1. April 1900/1903, — die Annahme einer der Waisenverwaltung gemachten Zuwendung, — die Verwaltung der offenen Armenpflege, — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparcasse im Vierteljahr Juli/September 1900, — die Einrichtung von sechs neuen Revier-Inspektionen bei den städtischen Gaswerken, — die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen, — die erfolgte Bau-Abnahme des Neubaus der Gemeinder-Doppelschule in der Kottbuserstr. 82/84, — und den Abschluß eines Vertrags mit der Gemeinde Marienborn über die Einlegung eines Druckrohrs der Kanalisation von Berlin in die Chausseestraße (Berlin-Kottbuser Chaussee) und die Dorfaue, sowie über die Aufnahme der Abwässer von Marienborn in eines der Druckrohre der Kanalisation von Berlin. — Fünf Rechnungen. — Einige Unterstufungssachen.

In der Stadtverordneten-Versammlung hat der Stadtv. Kalisch in Gemeinschaft mit noch 25 Stadtverordneten folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinschaftlich durch geeignete Maßnahmen auf schleimige Abänderung der durch die neue Gerichts-Vollzieher-Ordnung für die Rechtspflege in Berlin hervorgerufenen Unbestände hinzuwirken. Herr Stadtverordneter Dr. Friedemann und noch 28 andre Stadtverordnete haben folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Polizeipräsidenten schleunigst in Verhandlung zu treten zwecks Maßnahmen, die eine Verhütung der auf den Straßen der Berliner Straßenbahn vorkommenden häufigen Unfälle herbeizuführen geeignet sind, und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten.

Lokales.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 18. November, erscheint die neue Lokalliste. Die Genossen werden dringend ersucht, Änderungen resp. Neu-Aufnahmen an die Unterzeichneten einzusenden und zwar spätestens bis Dienstag, den 13. November für Berlin an den Obmann Genossen Carl Scholz, Wrangelstr. 110, für Teltow-Beeskow an Genossen Hermann Quitt, Nitzdorfer, Hohenstr. 82, für Niederbarnim an Genossen Paul Kette, Friedrichsfelde, Nixdörfer Weg, Ringen-Allée 20a, für Potsdam-Osthavelland an Genossen Ernst Nieger, Spandau, Molltestr. 3. Diverse Orte an Genossen R. Solomon, Briesen a. O.

Am 10. November hält der Klub „Vergißmichnicht“ ein Kränzchen ab und zwar in Gebauer's Salon. Wie bekannt, steht genanntes Lokal der Arbeiterkassen zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Ebenso hält die freie Kranken- und Sterbelasse der Anhänger des Naturheil-Verfahrens, Eingekleidete Hilfskasse Nr. 115, ein Vergnügen bei Benzlow, st. Bodrich, Charlottenburg, Sprestr. 8, ab. In beiden Festlichkeiten wird versucht, Mitteln in Arbeiterkreise abzugeben. Die Lokalkommission. J. A.: Carl Scholz, Wrangelstr. 110.

Für die Verpflegung von Kindern in der städtischen Waisenpflege

will der Magistrat den zur Erstattung der Kosten verpflichteten Angehörigen künftig einen höheren Betrag als bisher in Rechnung stellen. In den letzten drei Jahren wurden pro Jahr und Kind berechnet an Verpflegungs- und Verwaltungskosten: in dem Waisenhause zu Nummelsburg 697,60 M., in dem Waisenhause (sonst „Depot“ genannt) zu Berlin 385,20 M.; an Verwaltungskosten (abgesehen von den anderweitigen Auswendungen, wie Kostgeld usw., die hier extra berechnet werden): in der hiesigen Kostpflege 18 M., in der auswärtigen 25,20 M. Diese Beträge sollen vom 1. April 1901 ab erhöht werden: in Nummelsburg auf 838,— M., also um 230,40 M., in Berlin auf 824,40 M., also um 439,20 M., in der hiesigen Kostpflege auf 49,20 M., also um 25,20 M., in der aus-

wärtigen auf 50,40 Mark, also um 25,20 Mark. Dagegen wird für Kleinbeeren eine Ermäßigung auf 716,40 Mark, also um 228,80 Mark, beabsichtigt. Die Erhöhungen beziehungsweise die Ermäßigung erklären sich nicht daraus, daß die Selbstkosten der Verpflegung einschließlich Verwaltung inzwischen um so viel höher bezw. niedriger geworden wären. Sie sind darauf zurückzuführen, daß bei Ermittlung des Kostenbetrags künftig nach anderen Grundsätzen als bisher verfahren werden soll. In seiner bezüglichen Vorlage bemerkt hierzu der Magistrat, die bisher gültigen Grundsätze, die aus dem Jahre 1888 stammen, hätten den Zweck gehabt, die Kostenerstattungs-Ansprüche der Stadt den erhaltungspflichtigen Personen „möglichst erträglich“ zu machen, die Kostenfrage also „starklich niedrig“ zu berechnen. Nach diesen Grundsätzen wurde z. B. der Wert der Grundstücke und Gebäude bei den Anstalten in Nummelsburg und Berlin außer Betracht gelassen. Die Waisenverwaltung hatte auch für die nächsten Jahre die Kostenfrage nach den bisherigen Grundsätzen ausrechnen wollen, aber sie wurde vom Magistrat angewiesen, die „wirklichen Selbstkosten“ zu ermitteln, also unter anderem auch den Grund- und Gebäudewert zu berücksichtigen. Sie gelangte dann zu den oben mitgeteilten höheren Sätzen. (Die Anstalt in Kleinbeeren hat — man möchte unter solchen Umständen fast sagen: glücklicherweise! — keinen Grundbesitz, sondern wohnt zur Miete. Die Ermäßigung des Kostenbetrags, die hier eintreten soll, beruht darauf, daß die Anstalt in den ersten Jahren nach ihrer Eröffnung noch wenig besetzt war, so daß sich die Gesamtkosten damals auf weniger Kinder als heute verteilten. Die Erhöhung für die in Kostpflege untergebrachten Kinder kommt u. a. dadurch zu stande, daß künftig die Gehälter usw. auch der nur teilweise mit der Waisenpflege in Verbindung kommenden städtischen Beamten, z. B. auch der Magistratsmitglieder, bei der Kostenberechnung entsprechend berücksichtigt werden sollen. Der Magistrat beruft sich für die von ihm beabsichtigte Verteuerung nicht auf den bekannten „Zug der Zeit“, sondern auf eine bereits im Jahre 1888 erlassene Verfügung, die bezüglich der Krankenhäuser und Siedenanstalten diese neuen Grundsätze für die Kostenberechnung aufgestellt habe. Die Grundfrage werden aber dadurch nicht besser, daß sie bereits bei anderen Anstalten befolgt werden. Wenn die Stadtgemeinde sich den Bodenwert der Anstalten- und Siedenanstalten, der Waisenhäuser usw. durch die meist sehr wenig bemittelten Pflanzlinge beziehungsweise durch deren Angehörige verginzen läßt und dabei obenin nicht die ursprünglichen, sondern den jeweiligen, mit der Zeit immer weiter steigenden Wert annimmt, so handelt sie wie der Grundstückspekulant, der seine Preise erhöht, sobald — ohne sein Zutun! — die Grundstücke in dem betreffenden Stadtteil wertvoller geworden sind. Das nur 70 Morgen große Grundstück in Nummelsburg war, wie wir zur Ergänzung der Vorlage bemerken wollen, bereits alter Feig der Stadt Berlin, als 1888 beschloffen wurde, ein Waisenhaus darauf zu erbauen. Es war ein Teil der ehemaligen Vorpagener Höhe und sein damaliger Wert war gering. In den vierziger Jahren zahlte die Niederschlesisch-Märkische Bahn hier nicht mehr als 100 Zähler pro Morgen an die Stadt Berlin, und in den fünfziger Jahren bekam die Stadt für den Morgen Heide eine jährliche Pacht von 4 bis 5 Thaler.) Das Grundstück des Waisenhauses in Berlin (Alte Jakobstraße) hat die Stadt geschenkt erhalten; es stammt aus der Grande-Stiftung. Was würde wohl der Stifter dazu sagen, wenn er wüßte, daß sich der Magistrat jetzt sogar den Wert aus dieses Grundstücks von armen Leuten verginzen lassen will! Wenn die bisherigen Grundsätze darauf abzielen, den erhaltungspflichtigen Personen die Kostenerstattung „möglichst erträglich“ zu machen, so wird sie ihnen durch die neuen Grundsätze geradezu unerträglich gemacht.

Arbeiter-Latein.

So ging es und geht es noch heute. Kommt der Berg nicht zu Mohammed, so muß Mohammed zum Berge kommen. Mohammed ist in unirem Hause unser geachtetes Vespublikum, das uns, sei es auf direktem Wege, sei es durch Vermittelung der Pressekommission, seit Menschengedenken mit dem Ergehen kommt, und doch der berechneten Fremdwörter zu enthalten. Der Berg aber besteht eben aus jenen Fremdwörtern, die so manche unserer Leser nicht überlesen können und die ihnen auch bei dem Versuch, sich dahin durchzusetzen, unverdaut im Magen liegen bleiben.

Was ist da zu machen? Der Redakteur schwigt und will seinen Lesern und Lesertinnen einen Leitartikel ohne Fremdwörter zurückbreifen. Es geht aber beim besten Willen nicht. Das Zeug umschwirrt seine Feder wie die Wäden, drängt sich in Tinte und Druckerschwärze und grinst einen frech am nächsten Morgen in der Zeitung an.

In dieser Not haben zwei edle Männer ein menschlich Nützliches gefahndet. Die Herren Professor Dr. Diels und Privatdocent Dr. Helm haben sich im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern zusammen und fahnden den eben so können wie menschenfreundlichen Entschluß. Harmonie und Verständnis zwischen Redakteur und Leserschaft dadurch herzustellen, daß sie Arbeiter wie Arbeiterinnen zu einem — Einführungskursus in die lateinische Sprache einladen, die so ziemlich aller Fremdwörter Nährboden ist. Hierzu ein kühnes Unterfangen, und wie es in den fürs erste vorgegebenen sechs Unterrichtsabenden zu einem halbwegs glücklichen Ende geführt werden soll, ist uns heute noch ein Rätsel.

Aber Herr Professor Diels ging gestern im französischen Gymnasium wieder aus Berl. Er nahm einen Leitartikel des „Vorwärts“ beim Schopf und sammelte daraus 21 Fremdwörter zusammen. Das wimmelt nur so von Operation, Koalition, Konkurrenz und Kommission. Uns fiel eine Last vom Herzen, als wir aus gelehrtem Mund Absolution erhielten und vernahmen, daß es ohne Fremdwörter in der Zeitung nun einmal nicht mit rechten Dingen zugehen kann. Und weiter führte Herr Professor Diels uns an den öffentlichen Gebäuden Berlins vorbei, zeigte, wie in der königlichen Bibliothek das Nutrimentum spiritus verzapft wird, und leitete daraus ebenfalls die Notwendigkeit her, ein bißchen Latein in uns aufzunehmen.

Die beiden Herren, die sich an eine so schwere Arbeit herangemacht haben, werden es uns nicht übel denken, wenn wir ihnen Unterfangen mit Bedenken und Zweifeln gegenüberstellen. Nicht, daß wir uns auf den Standpunkt verweisen, der Arbeiter und die Arbeiterin könnten besseres thun, als sich die fünf Deklinationen, die vier Konjugationen und die Deponentia einüben. Nur wenige sind bei energischem Streben nach Wissen auf die tiefste Bahn lächerlicher Verblüdung hinübergeraten; und warum sollte ein Kursus in Latein nicht, wenn auch nach anderer Richtung hin, dem Geist ebenso schulen, wie etwa ein Kursus in Nationalökonomie? Und warum sollte ferner der Arbeiter sich nicht in beiden Fächern gleichzeitig streben bemühen können?

Aber unklar ist uns allerdings, wie das pädagogische Talent der beiden Lehrer es einrichten will, daß der Lernende von dem Unterrichtsverhältnis weniger Stunden soviel profitiert, um weiter bauen zu können. In Wien soll der Lateinkursus für Arbeiter ja vorzüglichem Erfolge gehabt haben. Ob er dort nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird, wie hier, wissen wir nicht. Wir wollen aber bei allen Zweifeln hoffen, daß das Gelingen hier begonnene Mühen für Lehrer wie für Lernende kein verlorenes ist.

Konservative Ständlamer. Gegen die Gültigkeit der Dienstag vollzogenen Wahl des Bezirksvorstehers Giese zum Stadtverordnetenvorsteher d. 1. Wahlbezirks, 3. Abteilung, soll wie gemeldet wird, Protest eingelegt werden. Bei Schluß des Wahlgangs kam es in dem Wahllokal zu recht erregten Auftritten. An der Thür in dem Raum hatten kurz vor 8 Uhr eine Anzahl

konservativer Wähler Aufstellung genommen, und als vier Minuten vor 8 Uhr noch mehrere Wähler erschienen, protestierte einer der konservativen Herren gegen die Zulassung der Konservativen mit der Behauptung, daß es (nach seiner Uhr) bereits 8 Uhr sei. Da der diensthabende Magistratsbeamte den Protest unbeachtet ließ, so kam es zu einer erregten Szene und eine Anzahl der erwähnten Herren verhielten sich gewaltsam, Personen an dem Betreten des Lokals zu verhindern. Der im Auftrag des Magistrats der Wahl beiwohnende Syndikus Rechtsanwält Sachß interwenierte, und es gelang ihm auch, für einen Augenblick Ruhe zu schaffen. Als jedoch gleich darauf wiederum Wähler erschienen, begannen die Protestler von neuem zu lärmen, und erst, als pünktlich um 8 Uhr das Wahllokal geschlossen wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Das Geschrei in der reaktionären Presse, wenn socialdemokratische Arbeiter sich bei irgend einer Wahlhandlung derartig benommen hätten!

Ueber die Königlich Angelegenheit wurde gestern im Verein jüdischer Staatsbürger verhandelt. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Lewinsohn teilte mit, daß dem Centralverein jüdischer Staatsbürger durch die Königlich Angelegenheit viel Arbeit erwachsen sei. Bei nicht weniger als 7 Prozessen, die mit der Sache zusammenhängen, habe die Rechtschutz-Kommission eingreifen müssen. Davon sei bisher nur der Prozeß Israelski endgültig durch die Freisprechung erledigt. Da Israelski nicht mehr in König bleiben konnte, habe der Verein mit Hilfe privater Wohlthätigkeit ihm Gelegenheit geboten, sich anderwärts eine Existenz zu gründen. Dem wegen Reineids verurteilten Kaufmann Jacoby-Zuchel, der allgemein als Ehrenmann bekannt sei, werde hoffentlich in der Revisionsinstanz sein Recht werden. Der Prozeß Mahlof gestalte noch kein abschließendes Urteil. Sehr erfreulich sei es, daß alle in Betracht kommenden behördlichen Funktionäre, die Kriminalbeamten, der Landrat, wie die Staatsanwaltschaft das Märchen vom Ritualmord weit von sich wiesen und ohne Voreingenommenheit ihres Amtes walteten. Direkt auf die Initiative des Centralvereins sei der noch bevorstehende Prozeß gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ zurückzuführen, dessen Ausgang wahrscheinlich ein Reulenschlag für den Antisemitismus sein werde.

Daß der Verein sich der bedrängten Glaubensgenossen annimmt, ist ebenso anerkanntwert, wie seine schon häufig von uns gerügte Demunziationsfähigkeit vernunftgemäß ist.

In der Herberge des Gewerkschaftshauses reisten im Oktober 1270 Personen zu; von diesen waren 1081 organisiert. Diese sowie die bereits am 1. Oktober anwesenden 110 Personen haben zusammen 5933 mal übernachtet. Wäber wurden 1899 verabreicht, gereinigt wurden 25 Personen. Die bisherige Frequenz der Herberge ist folgende: Mai 2535, Juni 4486, Juli 5664, August 5884, September 5830, Oktober 5933 Übernachtungen.

Ein Generalstreik der Kriminalpolizisten kündigt das hiesige „M. Journal“ an. Die Senationsnachricht wird in folgender Form verzapft:

Unter den Kriminalunterbeamten hat der bisherige Verlauf des „Sternberg-Prozesses“ eine förmliche Gärung hervorgerufen. Man fürchtet in diesen Kreisen, daß durch die jüngsten Enthüllungen die Selbstständigkeit der Kriminalbeamten bei ihren Ermittlungen noch mehr eingeschränkt werden wird, als bisher, wodurch sich das Arbeiten für sie noch schwieriger und unfruchtbarer gestalten würde, als es ohnehin ist. In einer Zusammenkunft, welche die ältesten Kriminalunterbeamten in der Nacht von Sonntag auf Montag abhielten, besprachen sie eingehend diesen Punkt. Besonders erregt waren die Beamten über den Fall Stierstädter, welcher leidetern seine Kollegen ausnahmslos die größte Sympathie und Hochachtung entgegenbrachte. Die anwesenden Beamten verpflichteten sich schließlich durch Wort und Handschlag, im Falle einer Maßregelung Stierstädters in ihrer Gesamtheit sofort um die Entlassung aus dem Polizeidienst einzukommen.

Da erleben wir am Ende noch, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter um Unterstützung der Ausständigen angegangen werden!

750 neue Schulleute. Die Schulkommission soll immer noch, gleich der Kriminalpolizei, eine „Reorganisation“ erfahren. Hierüber wird berichtet: Nachdem im Laufe der letzten Zeit die Reorganisation der hiesigen Kriminalpolizei durchgeführt worden ist, die indessen auf Grund der unliebsamen Enthüllungen im Sternberg-Prozeß noch erweitert werden soll, geht das Ministerium, dem Vernehmen einer Korrespondenz zufolge, auch mit dem Gedanken um, der uniformierten Polizei erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Es soll zunächst unter Verstärkung der uniformierten Polizei der Dienst geändert werden. Gegenwärtig haben die Schulleute den sogenannten „Höllendienst“, d. h. die Leute jedes Reviers sind in zwei Hälften geteilt und haben unrichtig je 24 Stunden — Abänderungstermin ist um 1 Uhr mittags — Dienst. Es ist nun geplant, den „Höllendienst“ einzuführen. Die Schulleute würden dann vier Tage hintereinander Tagesdienst haben und zwar von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Der fünfte Tag ist freier Tag mit anschließendem Nachdienst. Für den Uebergang vom Nacht zum Tagesdienst, am sechsten Tage dürften noch besondere Maßnahmen getroffen werden. Um nun zur Durchführung dieses Projekts die erforderliche Anzahl von Beamten zu haben, werden bei der Staatsregierung entsprechende Anträge gestellt werden. Es sollen sodann einige neue Reviere eingerichtet und der Etat der uniformierten Polizei soll um 750 Mann erhöht werden.

Wir sind gespannt, ob sich mit dieser im reaktionären Landtag selbstverständlich der Bewilligung sicheren Neuerung auch die Dualität der Schulkommission heben wird.

Zu dem am 4. November auch von uns gebrachten Artikel: „Vertragsgeheimnisse einer Kur-Vode-Anstalt“ teilt uns der Besitzer der Anstalt mit, daß die Angaben jeder Begründung entbehren, was schon zur Genüge daraus hervorgehe, daß die Gesundheitspolizei öfters, auch in allerletzter Zeit, die Anstalt auf das genaueste inspiziert habe, ohne auch nur die geringste Veranlassung zu machen. Gegen die Urheber der Verdächtigungen sei bereits die Klage eingereicht. Wenn dies der Fall ist, so wird in die Angelegenheit hoffentlich Klarheit kommen.

Selbstmordversuch. In einem Anfall von Geistesstörung stürzte sich gestern vormittag in einem Hause der Mansteinstraße die 18jährige Margarete St. aus einem Fenster der in der zweiten Etage gelegenen Wohnung ihrer Mutter auf den Hof hinab und blieb hier ohnmächtig und stark blutend liegen. Der sofort herbeigeholte Arzt stellte inebenso fest, daß die Verletzungen nicht lebensgefährlicher Natur sind.

Achtaus in der Stadtvoigtei. Nachdem das neue Polizeigefängnis am Alexanderplatz bezogen worden ist, werden am 15. d. Mts. in der alten Stadtvoigtei am Rollenmarkt Spinden, Wessfallen, Bettzeug und dergleichen mehr, was in das neue Gebäude nicht mit hinübergenommen wurde, öffentlich versteigert werden.

Die Untersuchungsache wegen Münzverbrechens, die zur Zeit beim Landgericht I schwebt, hat einen so großen Umfang angenommen, daß seit mehreren Monaten bereits gegen 20 Personen in Haft genommen sind und die Akten 20 Bände füllen. In jüngster Zeit ist die Behörde noch zur Verhaftung eines in der Nähe des Schleißischen Bahnhofs wohnenden Freundes R. geschritten, der beschuldigt wird, die falschen Geldstücke beim Herausgeben von Wechsel-

geld an seine Kunden in Verkehr gebracht und so gegen gutes Geld eingetauscht zu haben. A. will von einem polnischen Arbeiter, der sich unter den Verhafteten befindet, ganz ahnungslos solche Falschstücke nur in einem Falle empfangen haben und auf diese Weise selbst geschädigt sein. Er hat nach dieser Richtung durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwandt Beweis antreten lassen.

Erben werden von dem Rechtsanwalt und Notar Bawersig zu Glogau in Berlin gesucht. Im Februar d. J. starb in Glogau hochbejahrt die unverehelichte Luise Neugebauer. Zu ihren Erben gehört ein Klempner Paul Koch, dessen Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist. Seine Mutter war eine geborene Mathilde Neugebauer, sein Vater war Werkmeister in Sprottau und zog von dort vor Jahren nach Berlin. Paul Koch soll noch eine verheiratete Schwester besitzen.

Ein Leichenfund beschäftigt die Behörden in Marienwerder im Bezirk Potsdam. Dort war ein Dienstmädchen aus Gersdorf bei Kramp, das bei dem Landmann Kleintert sich in Stellung befand, seit dem 16. v. Mts. verschwunden. Seitern nachmittags um 1 Uhr wurde das 18jährige Mädchen im Finowkanal als Leiche wiedergefunden. Der Kopf und das Gesicht war mit einem Tuche vollständig verbunden. Ob ein Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, kann erst eine genaue Besichtigung der Leiche feststellen.

Das Passage-Paroptikum hat in diesen Tagen seine Pforten wieder aufgethan. Es sieht noch ein bisschen unaufgeräumt in dem renovierten Teil der Lokalitäten aus und daher ist über die Wirkung der Neu-Ausstattung noch kein richtiges Urteil möglich. Ein großer Saal mit vielen Nebenräumen ist zu einer Art zinerischer Ausstellung hergerichtet worden, die mancherlei Sehenswürdiges enthält und das Gute an sich hat, daß sie kein Stapelplatz des Schawinlennus ist. Von prächtiger Wirkung ist der große Marktplatz einer zinerischen Stadt, auf dessen Mitte man naturgetreu eine Bühne hergerichtet hat. Hier wird ein anscheinend sehr tragisches Stück aufgeführt, denn zwei würdig-bezogene Männer unterhielten sich, als wir anständig zur Hören, im Wechselgespräch über eine Dame, die dem traurigen Schicksal der Opheleia verfallen war. Im großen Saal zeigen sich beachtenswerte Feuerfresken, Jongleure und andre Spezialitäten; unter den Sängern erwidert sich die von der Bühne her bekannte Soubrette Frau Anna Müller den gewohnten Beifall. Die Spezialitäten-Vorstellung dauert ununterbrochen von Mittag bis zum späten Abend. Wenn neben der Qualität der künstlerischen Werkstoffe auch um deren Quantität zu thun ist, der kann in der That nichts Besseres beginnen, als für 50 Pf. das Passage-Paroptikum zu besuchen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im „Englischen Hof“, Kochstraße, seine Generalversammlung ab, in der zunächst das Resultat der am selben Tage stattgefundenen Kommunalwahl im ersten Kommunal-Wahlbezirk bekannt gegeben wurde.

Hierauf hielt Rechtsanwalt W. Frankl einen Vortrag über das Koalitionsrecht. Eine Diskussion über den interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem der Redner die mannigfachen Beschränkungen des Koalitionsrechts der Arbeiter, die durch die fälschlich gewordene Praxis der Gerichte durch das Vorgehen der Behörden und der Unternehmer auch ohne Justizhofsgeleitz vorgenommen werden, einer herben Kritik unterzog, wurde nicht beliebt.

Nach dem Bericht des Vorstands, den Opperl erstattete, wurden im verflochtenen Halbjahr 6 Vorstandssitzungen und 4 Vereinsversammlungen abgehalten. Die Einnahmen betragen infolge des alten Bestands von 68,45 M. insgesamt 224,85 M., die Ausgaben 68,10 M., so daß ein Kassenbestand von 156,75 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Fr. Feigentreff, 1.

W. Frankl 2. Vorsitzender, G. Opperl 1. Sge 2. Kassierer; Bregel 1. Woldt, 2. Schriftführer, Wolzmann Beisitzer. Als Revisoren wurden Fiedler und Dreffel gewählt.

Sodann wurde bekannt gegeben, daß noch eine Anzahl Sternwarte-Billets zu ermäßigten Preisen vorhanden sind, die nur noch bis Dezember Gültigkeit haben und unbedingt bald vertrieben werden müssen, damit dem Verein die Kosten erspart bleiben. Außerdem sind noch einige Urania-Billets zu der am 18. d. M. stattfindenden Vorstellung an den bekannten Stellen zu haben. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß am 22. d. M. eine große Versammlung geplant ist, in der B. G. Öhre über Christentum und Socialdemokratie referieren wird und eine rege Agitation für die Versammlung entfaltet werden soll.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbands der Zimmerer von Berlin und den Vororten tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Dieselbe setzte sich aus Delegierten der einzelnen Bezirke und der Vorort-Gabställen zusammen. Die Tagesordnung lautete: Soll das Vertragsverhältnis zwischen untrer Organisation und dem Arbeitgeberbund verlängert werden und unter welchen Bedingungen? Das Referat hatte Kube übernommen. Redner giebt von den Zuständen vor und während der Zeit des Vertrags ein Bild, bespricht die wirtschaftliche Lage der Zimmerer, sowie die jetzige Konjunktur im Baugewerbe, und faßt seine Ausführungen in folgende Resolution zusammen:

Die heute am 4. November 1900 tagende Generalversammlung der Gabställen des Verbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen in Berlin und den Vororten, stellt zur Vertragsverlängerung folgende allgemeinen Grundsätze auf:

1. Die Mitglieder des Zentralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen von Berlin und den Vororten halten nach wie vor daran fest, durch ihre Organisation Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation der Bauarbeitgeber auf bestimmte Zeit abzuschließen. Der gegenwärtige Vertrag, der sich im allgemeinen sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bewährt hat wird als Grundlage aller weiteren Vereinbarungen anerkannt, und als bindend so lange betrachtet, als neue Vereinbarungen nicht getroffen werden und der Vertrag nicht ausdrücklich von einer der beiden vertragschließenden Parteien als für sie aufgehoben erklärt wird.

2. Unter allen Umständen ist bei der Vertragsverlängerung darauf zu achten, daß Garantien dahingehend geschaffen werden, daß die Vereinbarungen in Zukunft gewissenhafter als bisher durchgeführt werden und die einzelnen Bestimmungen so präzisirt werden, daß Meinungsverschiedenheiten und Irrtümer nicht entstehen können.

3. Im Laufe der Zeit haben sich Änderungen einzelner Paragraphen des Vertrags als notwendig erwiesen, welche besonders namhaft gemacht werden; dieselben sind bei der Vertragsverlängerung zu berücksichtigen bezw. vorzunehmen.

4. Die bisher eingetretenen Lohnerhöhungen sind durch die Steigerung der Wohnungsmiete und die Erhöhung der Lebensmittelpreise im wesentlichen aufgehoben, so daß eine fühlbare Verbesserung in der Lage der Zimmerer nicht eingetreten ist. Die von anderer Seite gestellten Anträge auf Erhöhung des Stundenlohns sind deshalb zu unterstützen in der Vorandsetzung, daß die Antragsteller überzeugt und sich betührt sind, daß Forderungen dieser Art, wenn einmal gestellt, nur mit aller Energie und unter günstigen Umständen durchgeführt werden können.

5. Die Versammlung steht in der Vertragsverlängerung zwischen zwei sich auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüberstehenden Interessensorganisationen beziehungsweise Gruppen einen Akt gegenseitiger Anerkennung und Achtung und die Gewähr des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Erhaltung dieses Verhältnisses hängt jedoch einzig und allein ab von einer starken finanziell gut fundierten Organisation auf Seiten der Arbeiter, die eventuell auch in der Lage ist, dem Vertrag durch einen Kampf den gehörigen Respekt bei solchen Arbeitgebern zu verschaffen, die demselben nicht achten. Inherdem hängt die Verbesserung des Vertrags zu Gunsten

der Arbeiter im wesentlichen von der Straffheit und finanziellen Leistungsfähigkeit der vertragschließenden Arbeiterorganisation ab. Die Generalversammlung fordert deshalb alle in Berlin und den Vororten der Organisation der Zimmerer noch fernstehenden Berufsgenossen auf, sich dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen anzuschließen, und darin jene Pflichten zu erfüllen, welche das Vertragsverhältnis für einen jeden Zimmerer zur unabwiesbaren Notwendigkeit macht.

Nach einer circa fünfständigen lebhaften Debatte wurde diese Resolution gegen 3 Stimmen angenommen. Alle übrigen Anträge wurden der vorgeschriebenen Zeit wegen dem Vorstand überwiesen.

In zwei Versammlungen beschäftigten sich am 6. Oktober die Schuhmacher mit der Lage der in den Besohlanstalten und bei Kleinmeistern arbeitenden Berufslosigen. In der Versammlung für den Norden, welche in der Brauerei Königsstadt stattfand, folgte dem Vortrage des Schuhmachers Hildebrandt eine längere Diskussion, an der sich eine große Anzahl Arbeitgeber beteiligte. Die Redner konnten die geschilderten Mängel nicht in Abrede stellen. Einige Arbeitgeber glaubten durch die Innung eine Verbesserung herbeiführen zu können. Von der Mehrzahl der Redner wurde jedoch anerkannt, daß die Verhältnisse der Arbeiter mit von diesen selbst durch eine starke Organisation gebessert werden könne. Zum Schluß stimmten die Versammelten einer Resolution zu, welche den Schuhmachern den Eintritt in den Verein deutscher Schuhmacher empfiehlt. In gleicher Weise verließ die bei Kautenberg, Oranienstraße 180, tagende Versammlung für den Osten. Hier hielt das einleitende Referat der Schuhmacher Weber, und wurde dessen trefflichen Ausführungen von den Diskussionsrednern allseitig zugestimmt. Schmolte erörterte unter großer Heiterkeit der Versammlung einen „Verführer-Vertrag“, welchen der mehrfache Besohlanstaltinhaber Lange mit ihm abschließen wollte. Der Vertrag wimmelt von Strafen und wird bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 95 Stunden der respektable Lohn von 20 Mark zu Grunde gelegt. Auch diese Versammlung schloß sich der obigen Resolution einstimmig an.

Vermischtes.

Unanglück in Stettin. Durch einen Giebelsturz beim Abbruch eines Hauses in der Breitestraße zu Stettin wurden gestern früh, soviel bisher festgestellt ist, 6 Personen getötet und mehrere verletzt.

Ueber den Vesfall in Bremen wird amtlich bekanntgegeben: Die Nachforschungen nach der Entstehungsgeschichte des hier beobachteten Vesfalls haben bisher folgendes Ergebnis geliefert: 1. Der Dampfer „Marienburg“ ist am 17. September von Buenos Aires abgegangen, am 20. Oktober auf der Elbe angekommen, am 26. Oktober von Hamburg weitergefahren und am 27. Oktober in Bremen angekommen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Vesfall in Buenos Aires an Bord gebracht ist und sich an irgend einer Stelle des Schiffs, vielleicht durch Vermittlung von Ratten, während der ganzen Reise lebend erhalten hat. 2. Die in der vordersten Abteilung des Schiffs enthaltene Ladung, bestehend in Häuten, wurde in Hamburg vollständig gelöst. Nach Aussage seiner Kameraden hat der Seemann Kunze kurz vor der Abfahrt von Hamburg an der Reinigung dieser Abteilung teilgenommen; der dort zusammengepackte Rehrich wurde an Deck geschafft und während der Fahrt nach Bremen auf See über Bord geworfen. 3. Da der Seemann Kunze am 20. Oktober erkrankt ist, ist es wahrscheinlich, daß er den Krankheitskeim bei der Reinigung des Schiffsraums am 25. oder 26. Oktober aufgenommen hat.

Nach einer weiteren amtlichen Mitteilung liegt kein neuer Vesfall vor. Alle isolierten und unter ärztliche Beobachtung gestellten Personen befinden sich wohl.

Ein rabiatier Mönch. Einer Krakauer Meldung zufolge versuchte der Mönch Borisco ein Attentat auf das Spital der barmherzigen Brüder in Krakau, indem er eine mit Pulver gefüllte Flasche in einen brennenden Kohlenofen warf. Durch die Explosion entstand im Spital eine große Panik. Sämtliche Fenster des Gebäudes wurden zertrümmert. Borisco stellte sich selbst der Polizei.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

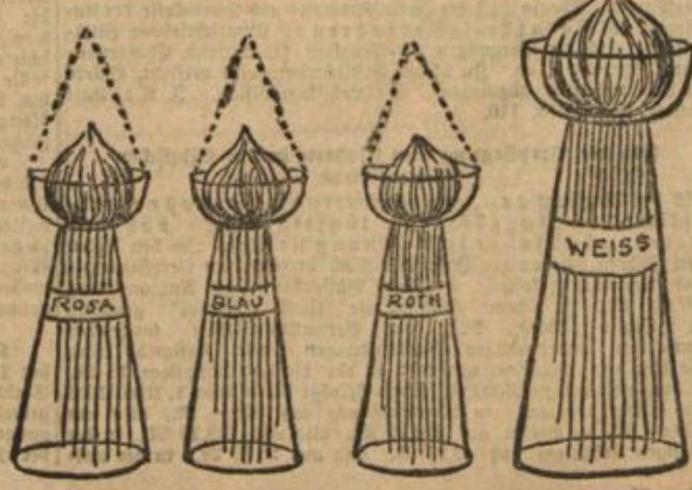
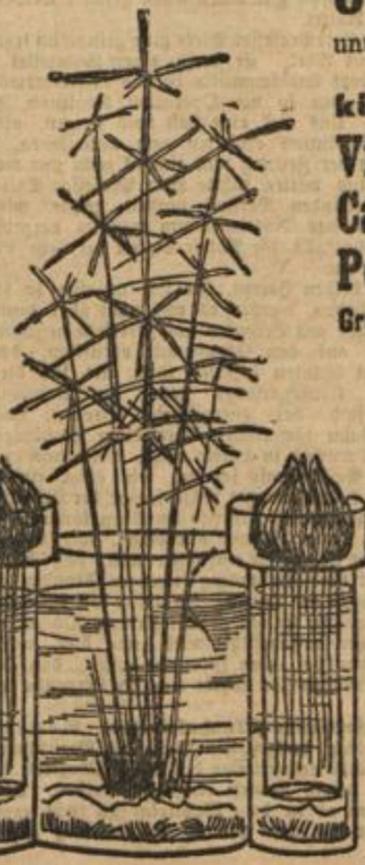
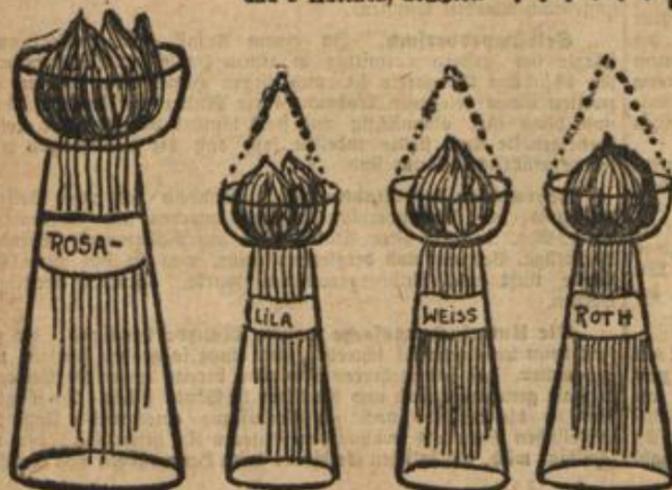
Angetriebene Hyacinthen-Zwiebeln

Zwiebel, Glas und Hütchen, komplett 38 Pf.
Auf jedem Glas ist die Gebrauchs-Anweisung und die Farbe der Blüthe angegeben.

Hyacinthen-Zwiebeln 28 Pf.

Doppeltes Hyacinthen-Glas

mit Wasserpflanze, 2 angetriebenen Zwiebeln und 2 Hütchen, komplett 2,45 Mk.



Photographie.

Unsere photographischen Ateliers sind jetzt von:

8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends
ununterbrochen für Aufnahmen geöffnet.

Bei Eintritt der Dunkelheit finden die Aufnahmen bei künstlichem Licht statt.

Visitbilder 1 Person 1 Dutzend 1,80 Mk.

Cabinetbilder 1 Person 1 Dutzend 4,80 Mk.

Postkarten 1 Person 1 Dutzend 1,20 Mk.

Gruppen-Aufnahmen, Vergrößerungen, Uebermalte Photographien in tadelloser Ausführung.